

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltenen Zeilen oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Sonntag, den 5. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## 2000 Kilometer Militärhosen.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns:  
In der Budgetkommission des Reichstages wurde die Eindeckung gemacht, daß die preussische Militärverwaltung noch für 20 Millionen Mark blaues Militärhosen auf Lager hat. Selbst wenn man annimmt, daß das Meter dieses Hoses 10 Mark kostet, ergibt sich ein Vorrat von 2 Millionen Meter gleich 2000 Kilometer. Das entspricht ungefähr der Luftlinie von Neapel nach Konstantinopel. Ist so etwas nicht imponierend. Muß der Gedanke, daß diagonal fast über ganz Europa ein breiter Streifen aus königlich preussischem Militärhosen gespannt werden könnte, nicht jedes Preußenherz höher schlagen lassen? So etwas macht uns keine andere Nation nach.

Nörgler fragen natürlich, wie eine solche Verwahrung möglich ist. In diesem Falle kann die Reichstagsmajorität sich nicht damit entschuldigen, daß der Militäretat unübersichtlich aufgestellt sei. Zweifellos ist er im Allgemeinen, das die Geringschätzung der Reichsleitung im allgemeinen und der Militärverwaltung im speziellen gegen den Reichstag drastisch illustriert. Während sonst beim Militär alles sorgfältig registriert werden, und, wenn Zahlen in Betracht kommen, senkrecht und wagrecht abdiert werden muß, wird im Militäretat sehr viel dunkel gehalten, und den verehrlichen Abgeordneten, die eine Kontrolle über möchten, die Ausrechnung der einzelnen Posten häufig einfach selbst überlassen. Da sind zum Beispiel oben auf einer Seite 60 Millionen Mark Ausgaben vorgezogen, am Schlusse der Seite sind 80 Millionen daraus geworden, die Zahlen aber, durch die das Anwachsen begründet ist, sind fortgelassen. Die kann der Herr Abgeordnete sich selbst ausrechnen.

Im konkreten Falle, also in dem, der vom 20 Millionen-Vorrat blauen Militärhosen handelt, kommt eine Verschleierung im Militäretat nicht in Betracht, denn die Militärverwaltung sagt ganz aufrichtig, wie viel sie für die Anschaffung von Militärhosen ausgeben will. Die Summen sind noch dazu so hoch, daß Abgeordnete, die sich eingehend mit dem Militäretat befassen, schon längst daran hätten Anstoß nehmen können. So wurden im Militäretat 1907 für das Reichsheer (Preußen, Sachsen und Württemberg) für den Bedarf an Militärhosen 11 121 805 Mark gefordert. Da außerdem Bayern 1 384 456 Mark erhielt, so ergibt sich für die ganze deutsche Armee ein angeblicher Bedarf von rund 12 500 000 Mark für ein einziges Jahr, in dem nicht einmal eine große Militärvorlage in Kraft trat. Es war vielmehr ein ganz gewöhnliches Jahr. Rechnet man das Meter wieder zu zehn Mark, so hat die deutsche Armee nach der Behauptung der Militärverwaltung allein Anno 1907 1 250 000 Meter gleich 1 250 Kilometer Hosen verbraucht. Das entspricht einer Strecke von Mühlhausen nach Königsberg, gemessen in der Luftlinie. Dabei ist noch zu bedenken, daß in den Kammern der Truppen große Bestände an fertigen Uniformen lagern. Das Merkwürdige besteht aber darin, daß die Soldaten, trotz der Riesensummen, die für Militärhosen ausgegeben werden, nicht selten, namentlich zum Exerzieren, Uniformen tragen müssen, die wirklich nicht mehr repräsentationsfähig sind.

Die aller schönste Ausgabe des preussischen Sunkertums, der Herr von Oldenburg, hat uns, ohne es zu wollen, mit seiner bekannten Rede wieder auf eine sehr sonderbare Erscheinung in der Armee hingelenkt. Im Heere wird bekanntlich der Glaube erweckt, daß der militärische Untergebene ohne Befinnen jeden Befehl eines Vorgesetzten zu vollziehen habe. Auch in den Kriegsartikeln und im Fahnenbild wird dem Untergebenen die Pflicht des unbedingten Gehorsams auferlegt. Der § 47 des Militär-Strafgesetzbuches sagt aber deutlich, daß der Untergebene Befehle, von denen er weiß, daß sie auf Strafbares abzielen, nicht befolgen darf. Dieser wichtige Paragraph hat bisher wie das Weichen im verborgenen geblieben, und all mein Bemühen, ihn ans Licht zu ziehen, war vergeblich. Die reaktionäre, vorhinftulische Rede des Herrn von Oldenburg aber hat ihm indirekt zur Popularität verholfen. Recht so! Se rückständiger die Oldenburgier daher reden, um so mehr tragen sie zur Volksaufklärung bei. Herr von Heeringen ist natürlich auf die Seite des Sanuschausers getreten und hat jetzt gesagt, er habe damit die seinerzeitigen Verhältnisse in seinem Vaterlande Kurheßen im Auge gehabt. Es ist eine verdiente Ironie des Schicksals, daß der Herr Kriegsminister sich zu seiner Entschuldigung auf den elendesten aller um die Mitte des vorigen Jahrhunderts regierenden deutschen Landesherren bezogen hat. Wir sind der Meinung, daß dieser hohe Herr von Gottes Gnaden, der Friedrich Wilhelm I. hieß, eigentlich ein abschreckendes Beispiel gegen die

Theorie war, wonach die Armee das willenlose Werkzeug des regierenden Fürsten sein soll. Unter ihm ist der Verfassungsbruch von oben geradezu chronisch gewesen, und er hat es soweit gebracht, daß seine geliebten Untertanen die Annexion durch Preußen als eine Erlösung begrüßten. Dieser ewige Verfassungsbrecher beweist geradezu die Notwendigkeit, daß auch die Armee auf die Verfassung vereidigt gehört. Man stelle sich nur vor, daß nach der Anschauung des Herrn von Heeringen, des Herrn von Oldenburg und der ganzen Sunkerkunst im Deutschen Reich etwa 600 000 bis an die Zähne bewaffnete Männer vorhanden sind, die auf den Befehl eines einzigen die ganze Verfassung über den Haufen werfen, die politische Arbeit von Dezenten vernichten, und, wenn es oben gerade gewünscht wird, den Absolutismus aufrichten würden. Wäre dem so, so wäre der Absolutismus noch garnicht abgeschafft, denn die Verfassung würde nur ein Gnabengeschenk sein, das der regierende König von Preußen jederzeit aufheben könnte. Und ist es denn nicht möglich, daß in Preußen einmal ein Geisteskranker auf dem Throne sitzt? Wie lange ein derartiger Kranker regieren kann, hat man an Ludwig II. von Bayern gesehen, der schon 1866 deutliche Spuren seines Leidens zeigte und erst zwanzig Jahre später abgesetzt wurde!

## Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

In einer jener Dauersitzungen, wie sie in den letzten Jahren üblich geworden sind, beriet der Reichstag am Freitag den Etat des Reichsamts des Innern weiter. Wie die zahlreichen Kapitel und Titel, die zur Beratung gelangen, als da sind: Gesundheitsamt, Patentamt, Reichsversicherungsamt, das so mit sich brachten, wurden in bunter und regelloser Folge alle möglichen Fragen mehr angeschnitten als behandelt: Gewerbeinspektion, Rechtsprechungspraxis des Reichsversicherungsamtes, Patentgesetzgebung, Alkoholismus, Narkotismus, Abwässer usw. Genosse Brühne geißelte den greulichen Anflug der Kinderausbeutung. Die schlüßflüsterne Mehrheit ließ es sich nicht nehmen, zwischendurch auch wieder einmal die Guillotine des Debattenschlusses arbeiten zu lassen. Die nur zu berechtigten Ausstellungen, die die Arbeiter und ihre Organisationen an der Praxis des Reichsversicherungsamtes zu erheben haben, wurden vom Genossen Hoch trefflich und nachdrücklich dargelegt. Die Sitzung erstreckte sich bis tief in den Spätabend hinein.

Das preussische Abgeordnetenhaus

fehle Freitag die zweite Lesung des Etats der Bergverwaltung fort. Die Debatte verlief sich völlig in Einzelheiten.

Das preussische Wahlrecht in der Kommission.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat, wie schon kürzlich berichtet, am Donnerstag die zweite Lesung begonnen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß in der Zwischenzeit zwischen Zentrum und Konservativen völlige Übereinstimmung herbeigeführt worden ist. Zunächst wurde gegen den Widerspruch der beiden konservativen Parteien und der Regierung mit derselben Mehrheit wie in der ersten Lesung die geheime Abstimmung beschlossen. Das Zentrum erklärte zwar, daß es den größten Wert auf die geheime Abstimmung lege, aber das hinderte die Herren nicht, sich aufs schärfste gegen einen von freisinniger Seite eingebrachten Antrag auf Sicherung der geheimen Wahl nach dem Muster des Reichstagswahlrechts zu erklären. Wie in der ersten Lesung stimmte auch jetzt wieder das Zentrum für die Beibehaltung der indirekten Wahl, angeblich, weil die geheime Wahl sonst nicht zu erreichen wäre.

In Wirklichkeit ist das nur eine Ausrede, denn die geheime Wahl war ja eben beschlossen worden. Die Nationalliberalen sind grundsätzlich bereit, das Gesetz so zu gestalten, daß eine große Mehrheit dafür stimmen könnte. Sie verlangen aber, daß man auch ihnen entgegenkommt in bezug auf die Auswahl der Wahlmänner. Ihr Antrag geht dahin, daß die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlbezirk gewählt, und daß innerhalb eines Wahlbezirkes dieselben Personen mehrfach zum Wahlmann gewählt werden können. In diesem Falle soll ihnen bei der Wahl der Abgeordneten ein mehrfaches Stimmrecht zustehen, das jedoch einheitlich und ungeteilt ausgeübt werden muß. Gegen diesen Vorschlag erklärte sich das Zentrum. Da somit das Zentrum und die Konservativen den Nationalliberalen kein Entgegenkommen zeigten, stimmten die Liberalen nunmehr gegen die indirekte Wahl, für die sie bekanntlich in erster Lesung eingetreten waren. Das Gesetz wird also mit einer aus den Konservativen, Freikonservativen und dem Zentrum sich zusammenschließenden Mehrheit zustande kommen. Wie verräterisch sich das Zentrum wieder benommen hat, beweist der Umstand, daß es gegen die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Wahlzellen in jeder Form gestimmt hat.

Schließlich wurde die auch von nationalliberaler Seite beantragte Drittelung in den Urwahlbezirken abgelehnt. Die Maximierung (Mehrfachrechnung) der Steuer über 5000 Mark) gelangte einstimmig zur Annahme. An Stelle der Anrechnung von 3 Mk. für diejenigen, die keine Einkommensteuer zahlen, wurde beschlossen, 4 Mk. anzurechnen.

Die Gesamtabstimmung über den Wahlrechtsgehwurf erfolgte noch Donnerstag am späten Nachmittag. Nur die Konservativen und das Zentrum stimmten dafür, alle anderen Parteien dagegen; die Annahme ist nur mit 15 gegen 13 Stimmen, also nur mit knapper Mehrheit erfolgt. Die Parteien der Linken einschließlich der Nationalliberalen motivierten ihre ablehnende Haltung damit, daß ihre Wünsche auch nicht annähernd erfüllt sind, und daß sie das Gesetz nicht einmal als Abschlagszahlung betrachten können. Die Freikonservativen stimmten aus anderen Gründen dagegen, sie können sich nicht damit abfinden, daß die von ihnen geforderte Beseitigung der Drittelung in Urwahlbezirken, die einer völligen Entrechtung der Sozialdemokratie gleichkommt, abgelehnt worden ist.

Im einzelnen sei noch hervorgehoben, daß eine ganze Reihe von Anträgen der beiden konservativen Parteien, des Zentrums und der Nationalliberalen, die Privilegierung bestimmter Kreise der Bevölkerung forderten, mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt wurden. Gleichfalls abgelehnt wurde der von freisinniger Seite von neuem eingebrachte Antrag, auch die Abgeordneten in geheimer Wahl zu wählen, und ein Antrag der Konservativen, wonach neben der Fristwahl auch die Terminwahl, die die Kommission in erster Lesung beseitigt hat, wiederhergestellt werden soll.

Die Kommission wandte sich sodann der Beratung der Resolutionen zu. Die von sozialdemokratischer Seite beantragte Resolution, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem System der Verhältniswahl für alle Deutschen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts sowie eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise nach jeder Volkszählung fordert, wurde gegen die Stimme des Sozialdemokraten, einige weitere Resolutionen, die sich auf Änderung der Landtagswahlkreise beziehen, gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der nunmehr in die Form einer Resolution gekleidete, vorher bekanntlich abgelehnte Antrag des Freisinn auf Wahrung des Wahlgeheimnisses (Kloßentwurf) und eine Resolution der Nationalliberalen, die an die Regierung das Ersuchen richtet, bei der bevorstehenden Reform der Straßprojekthierung auf die Aufnahme einer Bestimmung hinzuwirken, wonach die Befragung eines Zeugen darüber, wem er bei geheimer Stimmabgabe seine Stimme gegeben, verboten wird.

Am Dienstag wird die Kommission zur Feststellung des Berichts zusammentreten. Aller Voraussicht nach beginnt die zweite Lesung im Plenum am 14. März.

Die Wahlprüfungscommission

des Reichstages hat die Wahl des Abgeordneten Dr. Struve (Fg.), 9. Schleswig-Holstein, für gültig erklärt.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Bevor die Budgetkommission in die Tagesordnung eintrat, teilte Abg. Erberger mit, daß er aus Südwafrika abermals eine Anzahl Depeschen wegen des beabsichtigten Vertrages mit der Kolonialgesellschaft, und wegen der Diamantenausbeutung erhalten habe. Der Staatssekretär Dernburg habe seinerzeit erklärt, daß der Vertrag vor dem Abschluß der Budgetkommission zu einer Meinungsäußerung vorgelegt werden solle. Er mache den Vorschlag, beim Staatssekretär des Kolonialamtes anzufragen, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Die Kommission schloß sich diesem Vorschlag an und beauftragte ihren Vorsitzenden, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Raum eine halbe Stunde später erschien Dernburg und erklärte, daß er die in der Budgetkommission vereinbarten Richtlinien innezuhalten versuchen werde. Eine Verpflichtung hierzu erkenne er aber aus staatsrechtlichen Gründen nicht an. Abregens sei es noch zweifelhaft, ob der Reichstag dann gerade zusammen sein werde, wenn die Vertragsverhandlungen bis zum Abschluß gediehen seien. Über die Verhandlung und über den von ihm eingenommenen Standpunkt machte der Staatssekretär in der Kommission eingehende Mitteilungen, die aber als vertraulich zu behandeln bezeichnet wurden. Bezüglich der staatsrechtlichen Seite der Frage wurde ausgeführt, daß dem von dem Staatssekretär aufgestellten Grundsatz, daß die Verwaltung bei wichtigen Vertragsabschlüssen das Parlament nicht zu



fragen habe, nicht zugestimmt werden könne. Abgeordneter Spahn machte den Vorschlag, der Staatssekretär möge beim Reichsjustizamt ein staatsrechtliches Gutachten über die Frage einholen. Eine Zusage gab der Staatssekretär nicht.

Nach Erledigung des Zwischenspiels mit Dernburg wurde über den Postetat weiterberaten und eine Resolution angenommen, wonach der Reichskanzler ersucht wird, die Postämter in unseren Kolonien ihm zu unterstellen.

**Fortsetzung am Montag.**

### Der Kaiser und die Wahlrechtsdemonstrationen.

Vorigen Sonntag sind bekanntlich bürgerliche Demonstrationen bis vor das Schloß des Kaisers gekommen, ohne daß die Polizei, was in der letzten Zeit üblich geworden war, scharf eingeklinkt hätte. Die bürgerliche Presse hat das darauf zurückgeführt, daß der Kaiser selbst von einem Fenster des Schlosses aus die Demonstration sich angesehen und der Schützmannschaft die Weisung habe zugehen lassen, den Demonstrationen nichts in den Weg zu legen. Gegen diese von „Hohenzollernkreise“ nur so kriegende Darstellung wendet sich nun eine amtliche Auslassung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Das Dokument lautet:

„Über die Wahlrechtskundgebung am vorigen Sonntag finden sich Angaben im Standard, wonach der Kaiser den Massenaufzug von einem Fenster des Schlosses aus beobachtet hätte. Das ist falsch. Der Kaiser hat von der Demonstration nichts bemerkt. Unrichtig ist es auch, daß in den Schloßhöfen für den Notfall Truppen neben der Polizei bereitgestanden hätten. Verwendung von Militär war nicht vorgesehen. Ebenso falsch sind aber auch die Meldungen, nach denen der Kaiser mit Rücksicht auf die Zusammenstöße an dem vorhergegangenen Sonntag der Polizei strengste Zurückhaltung bei Straßenkundgebungen befohlen hätte. Der Kaiser hat vielmehr in keiner Weise in die Anordnungen des Polizeipräsidenten eingegriffen.“

Man wird natürlich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Regierung bestrebt ist, eine gute Meinung über den Kaiser zu zirkulieren. Aber die Moltke und Sagow müssen naturgemäß das Bestreben haben zu zeigen, daß sie mit ihren Maßnahmen an höchster Stelle einen Rückhalt haben. Anders ließe sich die offizielle Auslassung beim besten Willen nicht erklären.

### Über die Aussichten der preussischen Wahlrechtsvorlage

sagt die Scherzpresse, daß im Abgeordnetenhaus allgemein damit gerechnet wird, daß die Beschlüsse der Wahlrechtskommission noch keine endgültigen sind. Es werde der Gedanke erwogen, die ganze Sache an die Kommission zurückzuverweisen, da die Regierung Wert darauf lege, eine Reform nicht ohne die Zustimmung der National-Liberalen zustande zu bringen. Von anderer Seite wird dazu gemeldet, daß die Absicht bestehe, die Etatsberatung zu unterbrechen und den Entwurf schon in den nächsten Tagen im Abgeordnetenhaus zur Beratung zu stellen.

### Der staatsgefährliche Spaziergang.

Die Berliner Polizei hat sich offenbar in den Kopf gesetzt, am nächsten Sonntag die Berliner zu Hausarrest zu verurteilen. Sie will nicht haben, daß die Fremde eines vernünftigen Wahlrechtes am Sonntag spazieren gehen. Um das zu verhindern, scheint ihr jedes Mittel recht zu sein. So teilte der Polizeipräsident v. S a g o w am Freitag in später Abendstunde dem Genossen Ernst folgendes mit:

„Im Anschluß an mein Schreiben vom 1. d. M. sehe ich Sie erbennt davon in Kenntnis, daß ich den in den letzten Nummern des „Vorwärts“ angekündigten Wahlrechtsparade nach dem Trepower Park als eine nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes genehmigungspflichtige Veranstaltung ansehen und ihr entgegenzutreten werde.“

Weshalb sich der Polizeipräsident an den Genossen Ernst wendet, ist nicht recht zu verstehen, denn der Genosse Ernst veranstaltet selbstverständlich keinen Spaziergang, hat also mit der Sache selbst gar nichts zu tun. Die Behörde geht aber noch weiter. Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ ist ein Verfahren eingeleitet nach §§ 110 und 111 St.-G.-B. Die Behörde erblickt in den Artikeln des „Vorwärts“ „Trotz alledem“ und „Die reaktionäre Presse und das Verbot der Wahlrechtskundgebung im Trepower Park“ eine Aufforderung zum Ungehörigem gegen die Anordnung des Polizeipräsidenten. In der Aufforderung des „Vorwärts“ an die Wahlrechtsfreunde, am Sonntag im Trepower Park spazieren zu gehen, wird ebenfalls eine Gesetzesverletzung erblickt.

### Die Nachbarn der verjagten Sauhirten.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konservative Zeitschrift „Mecklenburger Warte“, die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser „schlechten Presse“. Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

„Er hat seine Säuberungsarbeit mit den Vorhöfen des Kanzlerpalais begonnen, wo die Krümer und Wächter aus den Redaktionsstuben ihre Tische und Stühle teilweise recht aufrichtig aufgeschlagen hatten, und er hat diese Tempelreinigung radikal vorgenommen: Selbst bisher „allmächtige“ Blätter aus dem Westen des Reiches wurden in ihre Grenzen verwiesen, die „gute Presse“ des ehemaligen Kanzlers hob mit dem ganzen Gärtnerladen ihrer feilen Vorbeerkranze in alle Winde, kein Wunder, daß sich die duffigen Rosen, die sie einst so freigiebig zur Wilhelmstraße wart, in harte Steine gewandelt haben.“

Es ist erst jüngst in einem Blatte geschildert worden wie Fürst Bülow sich die Presse dadurch dienstbar gemacht hat, daß er den Schwachs gelegentlich einmal irgend einen Happen in Form einer Nachricht zuwarf. Herr v. Bethmann-Hollweg hat die bürgerlichen „Sauhirten“ hinausgejagt, und deshalb wissen sie nichts zu seinem Lobe zu sagen. Der Schilderung, die das konservative mecklenburgische Blatt damit von der bürgerlichen Presse entwirft, braucht man wirklich nichts hinzuzufügen.

### Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

Der Entwurf über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags ist dem Reichstage am Mit-

woch zugegangen. Der Entwurf schlägt vor, den zurzeit geltenden Handelsvertrag zwischen Deutschland und Schweden bis zum 1. Dezember 1911 zu verlängern. Ein dahingehender Entwurf ist vom schwedischen Vorkontrahenten kürzlich verabschiedet worden. Dem Entwurf dürfte auch vom deutschen Reichstage ohne Kommissionsberatung zugestimmt werden.

### Eine neue Erzbergeriade.

Der demokratische Politiker Dr. Breitscheid teilte vor kurzem in einer Wahlversammlung in Mülheim am Rhein mit, Herr Erzberger habe in einem engen Kreise erklärt, das Zentrum müsse bei der nächsten allgemeinen Reichstagswahl häufiger mit der Sozialdemokratie gehen; er (Erzberger) bekomme Briefe von Gesellschaftern, die zu einem solchen Zusammengehen drängen. In einer Zeitschrift an den Kölner „Lokal-Anzeiger“ bestritt Erzberger, in dieser Form gesprochen zu haben; er habe nur erklärt, ein ausländischer Sozialdemokrat sei ihm lieber als ein kulturkämpferischer National-Liberaler. Und so dächten auch katholische Geistliche.

In einer am Dienstag in Köln abgehaltenen Wahlrechtsversammlung der Demokratischen Vereinigung erklärte Herr Dr. Breitscheid auf das bestimmteste, daß er seine Mitteilung in der in Mülheim vorgetragene Form wörtlich aufrechterhalte. Wenn Herr Erzberger bestritte, so sei das dessen Sache; er stehe bei seiner Behauptung. Ausdrücklich habe Erzberger gesagt, katholische Geistliche seien an ihn herangeritten, daß bei der kommenden Reichstagswahl möglichst ausgedehnte Abmachungen mit der Sozialdemokratie getroffen werden.

### Der Abfall der fränkischen Bauern.

Der fränkische Bauernbund ist korporativ dem Deutschen Bauernbunde beigetreten. Das Berliner Organ des Bundes der Landwirte ist durch die für die norddeutschen Agrarier freilich sehr schmerzliche Nachricht so konsterniert, daß es anfänglich garnicht daran glauben wollte, zumal der Vorsitzende des fränkischen Bauernbundes Mitglied der agrarischen Freien Vereinigung im bayerischen Landtage ist. Die Sache hat jedoch ihre Richtigkeit. Herr Thomas-Memmingen, der Herausgeber der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“, hatte im stillen alles vorbereitet und bei den einzelnen Ortsgruppen für den Plan so viel Sympathien gefunden, daß er alsbald eine Erklärung des Ausschusses der Obmannschaften von über 250 Ortsgruppen veröffentlichen konnte, welche die Fusion gutheißt. Diese Erklärung bedeutet zugleich eine schroffe Abkehr von der bündlerischen bayerischen Landtagsfraktion, die unter der Führung des Abg. Beckh steht. In der öffentlichen Erklärung wird ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß Beckh im bayerischen Landtage ein Bildnis mit dem Zentrum in Aussicht gestellt habe und hierzu bemerkt:

Der Bayerische Bauernbund für Franken lehnt ein Zusammengehen mit dem Zentrum, das ihn von jeher mit den gemeinsten Mitteln bekämpft hat, entschieden ab.

Auch gegen den Bund der Landwirte wird scharfe Kampfesstellung eingenommen:

Es wäre ein Unsinns und Selbstmord, das Schicksal des Bayerischen Bauernbundes noch einen Augenblick länger an den Bund der Landwirte zu binden, der bei uns in Bayern scheinbar keine Zukunft mehr hat und von Woche zu Woche Mitglieder, ja ganze Obmannschaften an den Deutschen Bauernbund verliert.

Zur Empfehlung des Deutschen Bauernbundes wird angeführt:

Dieser steht uns näher als der Bund der Landwirte, er ist ebenso schutzgötterlicher gesinnt wie wir und wird nicht von Junkern regiert wie der Bund der Landwirte.

Wie verlautet, soll, nachdem in der vorigen Woche auch eine sächsische Landesorganisation des Deutschen Bauernbundes gegründet worden ist, in Württemberg und Hessen demnächst ebenfalls mit der Gründung eigener Landesorganisationen vorgegangen werden.

### Teure Butter.

Die Butterpreise erreichen zurzeit im Kleinhandel einen bisher noch nie erreichten Stand. Für gute Ware wird 1,50 Mk. pro Pfund gefordert, ja sogar 1,60 Mk. muß bezahlt werden. Allem Anschein nach will der Handel den kürzlich angekündigten Preisausschlag durchdrücken. Er beruft sich dabei auf die gestiegenen Futtermittelpreise! Tatsächlich ist nun aber der Großhandelspreis etwas zurückgegangen, so daß für den Kleinhandel sichtlich keine begründete Ursache für eine Preiserhöhung vorliegt. Allerdings sind auch die Großhandelspreise außerordentlich hoch, aber sie sanken doch nun wieder unter den Satz des Jahres 1908. Damals ist der Kleinhandelspreis nicht über 1,30—1,40 Mk. hinausgegangen. Wie im Großhandel die Preise gegenüber dem Jahre 1907 hinaufgeschneit sind, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Es notierten am gleichen Tage (2. März) nach dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion 50 Kilogramm franko Berlin:

	1907 Mk.	1908 Mk.	1909 Mk.	1910 Mk.
Ia . . . . .	114—116	130—132	118—122	128—132
IIa . . . . .	110—114	124—126	112—118	126—128
IIIa . . . . .	107	120—124	105—110	112—120
Abfallende . . . . .	95—100	115—120	100—104	105—112

Die Regierung und das Zentrum haben sich mit Eifer und Erfolg bemüht, den Agrariern und Händlern die Voraussetzungen zu solchen Preistreibern zu schaffen. Verteuerung des Viehes durch Zoll- und Grenzsperrern, Einfuhrerschwerungen für Milch und Butter usw. Jetzt fehlt nur noch ein Zoll auf Milch und Butter, wie ihn die Sanker wünschen, dann werden die meisten Arbeiter Naturbutter bald nur noch dem Namen nach kennen.

### „Neue Wege“ in der Frage der Schiffsahrtsabgaben

will die preussische Regierung gehen, um an das von den Agrariern so heiß ersehnte Ziel zu gelangen, den Wassertransport auf den deutschen Strömen zu verteuern, damit nicht etwa ausländisches Getreide billig bis tief ins Binnenland befördert werden könne. Aber diese „neuen Wege“ weiß eine Zeitschrift aus Süddeutschland in der „Köln. Ztg.“ allerlei Neues zu erzählen. Sie rühmt, daß Preußen es an Jugendsinn und an Nachgiebigkeit in den Verhandlungen mit den widersprechenden Staaten nicht haben fehlen lassen. Es sei Sachsen, Baden und Hessen

nicht nur nach der wirtschaftlichen Seite entgegengekommen, sondern haben auch, was ihm im deutschen Süden besonders angedreht werden werde, die mehr prinzipielle Bedenken gegen den Gesetzentwurf bedeutend gemildert. Man wolle den § 9 des Entwurfs aufgeben, wonach der Bundesrat eines Staat unter Umständen verpflichten konnte, dem Zweckverbande beizutreten. Jetzt soll „das Ermessen des Bundesrats bei Bildung und Zustandekommen der Zweckverbände ausgeschaltet werden. Der Zwangsbeitrag von Uferstaaten wird aufgehoben; die Uferstaaten bilden eo ipso den Zweckverband, der nach gemeinschaftlichen Grundsätzen, also ohne Mitteln des Bundesrats, arbeitet.“ Ferner hat Preußen nach dieser süddeutschen Zeitschrift den Gedanken reiner Entfernungsstarife mit tonnenkilometrischer Erhebung fallen lassen und will Staffeltarife zustimmen. Ferner heißt es in der Zeitschrift: „Es ist an sich zu begrüßen, daß im Gesetze festgelegt werden soll, welche Arbeiten zunächst aus den Einkünften der Schiffsahrtsabgaben geleistet werden müssen. . . Bei dieser Auswahl der dringendsten Aufgaben, wie sie sich aus den Verhandlungen ergeben hat, schneidet Oberdeutschland sehr gut ab.“ Nachdem noch die Verbesserung mitgeteilt ist, daß für die einzelnen Stromgebiete Rassen eingeführt werden sollen, die nur für das einzelne Stromgebiet nutzbar gemacht werden dürfen, heißt es weiter: „Man will einen Beitrag der Schiffsahrtsbetriebligen bilden, der beschließende Stimme hat und gewissermaßen als Reichstag neben einer Vertretung der Regierungen, einem kleinen Bundesrat, arbeitet. Die Ausführung beträchtlicher Arbeiten, vor allem die Erhöhung der im Gesetz festgelegten Abgabensätze, ist z. B. nur unter Zustimmung der beiden Vertretungen möglich. Die Kammer der Beteiligten für das Rheinstromgebiet soll 40 bis 50 Mitglieder, darunter wohl die Hälfte preussische, haben, die sich auf Industrie, Handel, Schifffahrt und Landwirtschaft verteilen.“

Weiter wird berichtet, daß der Staat dauernd auf die Zurückstattung der vielen Millionen verzichtet, die er bisher in den Strömen verbaut hat. „Die Rassen finden also einen ganz reinen Tisch vor. Die Abgaben sollen sogar nur dann gezahlt werden, wenn die Ströme in absehbarer Zeit Vorteile daraus ziehen.“

### Rußland.

Gegen Polizeispitzel. Die Duma hat die Verhandlungen über den Etat des Ministeriums des Innern begonnen. Der Referent, Oberkristall Fürst Golizyn erklärte, die Reorganisation der Polizei sei äußerst notwendig. Die im Lande herrschenden Zustände seien nicht länger zu ertragen. Die Tätigkeit der Abteilung der politischen Polizei übersteige die Grenze des Möglichen. Die im Manifest angekündigte Unantastbarkeit der Person sei einfach Mißbrauch. Die Budgetkommission schlage vor, die Ausgaben für die Polizei um 391988 Rubel zu kürzen. Diese Summe, welche für den Unterhalt der unter polizeilicher Aufsicht befindlichen Personen bestimmt ist, zu bewilligen, sei inkonsequent, da die Reichsduma sich für Aufhebung des Rechts der administrativen Verbannung ausgesprochen habe. (Beifall im Zentrum und links.) Der Gehilfe des Ministers des Innern Krysanowski erklärte, die Regierung sei einverstanden mit der Streichung der für den Unterhalt der unter Polizeiaufsicht befindlichen Personen ausgeworfenen Summe. (Beifall.)

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 5. März.

**Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter!** Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

**Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter!** Über die Bauten der Firma Torck in Kücknitz (Zwischenmeister Mabel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Montagabend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht außer verschiedenen Berechnungen ein Vortrag des Genossen Diez über die „Alkoholfrage und die Sozialdemokratie.“ Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist notwendig.

**Zum Stellenvermittlungsgesetz.** Am Mittwoch, den 2. März fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Lübeck, statt. Zum Stellenvermittlungsgesetz wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute am 2. März tagende Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverein Lübeck, hält die von der Regierung vorgeschlagene Fassung der Novelle zur Gewerbeordnung, die Stellenvermittlung betreffend, für unzulänglich und spricht sich für die Annahme der von der Sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Fassung aus.

**Staatsbürgerrecht und Staatsangehörigkeit.** Das lübeckische Bürgerrecht erwarben im Monat Februar 55 Personen, 36 Personen erwarben im gleichen Monat die lübeckische Staatsangehörigkeit.

**Anzeigepflichtige Krankheiten** wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Februar in 84 Fällen gemeldet. Davon betrafen 58 Fälle (3 tödlich verlaufene) Masern, 15 Scharlach und 11 (2 tödlich) Diphtherie.

**Aus dem Gerichtssaal.** Die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte gestern den Seemann Ernst S. wegen schweren Diebstahls zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hat am 22. Januar den Blumenpavillon



auf dem hiesigen Bahnhof erbrochen und aus demselben außer anderen Gegenständen auch einen wertvollen Brillantring sowie eine größere Summe baren Geldes entwendet. Die mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte Ehefrau K., welche bei einem hier wohnhaften Herrn als Haushälterin in Stellung war, entwendete diesem einen Ring und ein Gebetbuch, weshalb sie zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

**Die öffentliche Bücher- und Leihhalle (Mengenstraße)** hat, wie wir ihrem Jahresberichte für 1909 entnehmen, im dreißigsten Jahre ihres Bestehens 116 404 Bände ausgeleihen gegen 96 408 im Jahre 1908. Die Zunahme der Entleihungen um 19 996 Bände innerhalb Jahresfrist ist abermals größer als je vorher. Die Zahl der Entleihungen bezug im ersten vollen Betriebsjahre 1890 1530 Bände und ist im Jahre 1909 auf 116 404 angewachsen. Wenn sich auch jetzt unsere Bücherhalle mit dieser stattlichen Ausleihziffer unter die größeren öffentlichen Bücherhallen rechnen darf, so steht sie doch, was die Bändezahl anbetrifft, noch weit hinter den meisten Schwesterinstitutionen zurück. Durch das unnormale Verhältnis der Bändezahl zur Ausleihziffer wird eine allzusehr schnelle Abnutzung des Bestandes hervorgerufen. Die Erledigung des stetig wachsenden Ausleihverkehrs und die Unterbringung des zunehmenden Bücherbestandes machen immer größere Schwierigkeiten. Von unsern 11 000 Bänden müssen mindestens immer 4000 Bände in den Händen der Leser sein, da für diese kein Platz zur Ausleihung vorhanden ist. Im Laufe des Jahres wurden 1490 Bände eingestellt, hiervon entfallen auf die belehrende Literatur 303 Bände, auf die schöne Literatur 1187 Bände. Unter letzteren sind 345 Doppellexemplare der meist geliesenen Werke. 381 Bände mußten durch neue ersetzt werden. In Verlust geraten sind 13 Werke im Gesamtbetrag von 51, 51 Mk., 8 Bücher wurden von den Lesern als verloren gemeldet und dafür zusammen die Summe von 15,80 Mk. eingezogen. Mahnungen wegen nicht rechtzeitiger Rückgabe der Bücher erfolgten in 4207 Fällen. In 744 Fällen war eine wiederholte Mahnung erforderlich. 127 Bücher mußten durch Boten abgeholt werden. Da jeder Botengang dem Leser mit 30 Pf. berechnet wird, ist diese Zahl ungewöhnlich hoch. Der Besuch der Leihhalle war im Betriebsjahre durchweg sehr reger, insgesamt wurde die Leihhalle an 363 Tagen von 78 995 Personen besucht, gegen 73 708 im vorigen Jahre. Die Zahl der Vereinsmitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1909 463. Durch Fortzug oder Tod schieden 6 Mitglieder aus. Eine erneute Werbung brachte dem Verein 23 neue Mitglieder.

**Maifässer Aie!** Als Frühlingsboten, die allerdings vom Landmann kaum mit viel Freude begrüßt werden dürften, wurden uns gestern zwei Maifässer überbracht, die zwar erst noch schläfrig waren, aber bald, nachdem sie warm geworden, sich lustig herumtummelten. Infolge des milden Winters dürften sich in kurzer Zeit diese Schädlinge in größerer Zahl bemerkbar machen.

**pb. Selbst gestellt.** Der hiesigen Kriminalpolizei freiwillig gestellt hat sich der Mieter Theodor Thomy aus Lübeck, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls flechtbrieflich verfolgt wird.

**Kaiser-Panorama, Breitestr. 53, 1. St.** Fast unerschöpflich sind die Eindrücke, die wir in dieser Woche bei einem Besuch des Panoramas mit nach Hause nehmen. Niemerk, die viel beschriebene Stadt mit ihren Wolkenträgern, wird uns in 50 herrlichen Ansichten vor Augen geführt, über zahlreiche triumphartig angelegte Bögen und Zünnele überstreht die Hochstraßenbahn mitten durch das Häusergewirr hindurch, die weit ausgebreiteten Gefilde der Stadt. Die Doppel-Wolkenträger mit mehr als 25 Stockwerken machen auf uns einen eigenartigen Eindruck. Auch dem Centralpark und der Conay-Insel wird zur Zeit der Wadesation ein Besuch abgestattet. Das ungezügeltere Leben und Treiben am Wadesstrande zu beobachten ist hochinteressant. Alle 50 Ansichten zu beschreiben würde zu weit führen, wir empfehlen daher den Freunden des Panoramas, die Serie, die erst neu aufgenommen wurde und viele herrliche Ansichten von Neuwerk bringt, in Augenschein zu nehmen.

**Die Stufenbahn** ist nur noch morgen Sonntag geöffnet. Bis jetzt war der Besuch dieses Unternehmens nachmittags, sowie abends ein recht reger, denn geschätzt weilt alt und jung gern länger in solch blendend schöner, fast verschwenderisch kunstvoll mit Dekorationsmalereien ausgestatteten Umgebung. So wird es sicherlich auch bis zum letzten Tage sein, bis das Nebenunternehmen sich wieder in einer langen Wagenreihe auflöst.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr kommt bei kleinen Nachmittagspreisen zum letzten Mal Meyer-Försters Schauspiel „Alt-Heidelberg“ zur Wiederholung. — Abends 7 1/2 Uhr erscheint Bizets Oper „Carmen“ nochmals auf dem Spielplan. — Am Montag geht als erstes Gastspiel des Hofschauspielers Karl Grube in neuer Einstudierung Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten“ in Szene. Herr Grube wird den Konrad Volz spielen. — Die Proben für den neuen Operetten-Schlager dieser Saison „Der Graf von Luxemburg“ von Franz Lehár sind bereits in vollem Gange.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Morgen Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt das erfolgreiche Lustspiel „Das Konzert“ von Hermann Bahr zur Aufführung. — Am Dienstag, abends 8 Uhr, geht Goethes Schauspiel „Iphigenie auf Tauris“ in Szene.

**Trems-Vorwerk.** Eine gut besuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Trems-Vorwerk tagte am Freitag abend im Lokale des Herrn Schulz zu Trems. Genosse Radde-Lübeck sprach über den preussischen Wahlrechtskampf. Redner schilderte zunächst die Entstehung des jetzt bestehenden preussischen Dreiklassenwahlrechts, um dann überzugehen zu der geplanten Wahlrechtsvorlage, welche vom Redner einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Der Referent kam zu dem Schluß, daß das Proletariat nicht eher ruhen und so lange die Wahlrechtskämpfe fortsetzen werde, bis das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht eingeführt wäre. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurden noch einige andere Sachen erledigt.

**Süfel. Volksversammlung.** Am Sonntag, dem 6. März, abends 7 1/2 Uhr, findet hier im Lokale des Herrn Puls eine Volksversammlung statt.

**Hamburg. Mordversuch und Selbstmord.** Der Maschinenschlosser Moldt führte gestern nachmittags einen schändlichen Plan aus, weil die Eltern seiner Braut die Zustimmung zur Heirat nicht geben wollten. Er war von den am Flachland 1 wohnenden Eltern seiner Braut, der Familie R., zum Kaffee eingeladen worden. Als er für wenige Minuten allein im Zimmer war, schüttete er Kleesalz in die Kaffeekanne. Während Moldt seine Tasse mit dem vergifteten Getränk leerte, setzten Herr und Frau R. sowie deren Tochter die Tasse gleich nach dem ersten Schluck wieder ab, da sie den Giftgeschmack verspürten. Schon nach wenigen Minuten stellten sich bei M. Unterleibschmerzen ein, die immer stärker wurden. Ehe ein Arzt zur Stelle war, hatte ihn der Tod von seinen Qualen erlöst. — Ein

**Unglücksfall mit tödlichem Ausgang** ereignete sich gestern mittag beim Bahnhof Rothenburgsort. Als der in der Nieberstraße Nr. 45 wohnende Bahnarbeiter Grimme die von der Straße zum Bahnsteig führende Treppe passierte, glitt er aus und stürzte die Treppe hinab. Der sofort hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod infolge Gehirnbruches feststellen. — Todessturz eines Kindes. In der Schwabenstraße stürzte die zweijährige Tochter des im Hause 84 86, 2. Etage, wohnenden Ehepaars Magnusdottler aus einem Fenster der Schlaftube in die Tiefe, erlitt einen Schädelbruch und starb kurz nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus St. Georg. Die Mutter war, während das Kind schlief, in die Küche gegangen. Inzwischen war das kleine Mädchen erwacht, stieg auf eine vor dem Fenster stehende Kiste und von dort auf die Fensterbank, wo es das Fenster öffnete und hinausstürzte. — Ein folgenschwerer Gerüstesturz fand gestern nachmittags 3 Uhr 7 Minuten auf dem Hauptbahnhof statt. Dort wird gegenwärtig über der Wandelhalle direkt vor den Bahnsteigen ein neues Dach hergestellt. Die Gerüste sind in der Weise angebracht, daß große lange Balken in dicken eisernen Haken hängen und über die Balken dicke Bretter gelegt worden sind. Eins von den Gerüsten ist dadurch zusammengebrochen, daß einer von den Haken gebrochen ist. Die Leute, die auf dem Gerüst, das wohl in einer Höhe von etwa 20 Meter angebracht war, arbeiteten, stürzten mit dem Gerüst auf den steinernen Fußbodenbelag hinab und wurden mehr oder weniger sehr schwer verletzt. Die Stelle unter dem Gerüst war für die Passage abgesperrt, sonst wäre das Unglück noch ein viel größeres geworden. Die Verunglückten sind: der Zimmerpolier Gammann, ihm ist der rechte Arm fast vollständig abgequetscht worden, außerdem hat er innere Verletzungen davongetragen. Der Schlossergehülfe Wilhelm Nieschlag hat ebenfalls innere Verletzungen erlitten und ihm ist der linke Arm fast abgequetscht worden. Der Schlosserlehrling Hermann Friedrich Gernieshausen hat Querschunden und innere Verletzungen erlitten. Der in Hamburg wohnhafte Schlossergehülfe Moser erlitt Querschunden und innere Verletzungen. Der Kängeler Carl Schoor trug eine gefährliche Kopfverletzung davon.

**Harburg. Prügelnde Schulkleute.** Vor der Strafkammer in Stade wurde gegen die Harburger Schulkleute Fiedler und Herse verhandelt. Sie hatten gelegentlich der Revision des Bodens eines Hauses einen Arbeiter, der in demselben Hause bei seinen Eltern wohnte, schlafend gefunden und ihn für einen Einbrecher gehalten. In dieser Voraussetzung haben sie ihn dann schwer mißhandelt. Das Gericht verurteilte Fiedler zu 100 Mk. Geldstrafe und sprach Herse frei.

**Wahlrechtsdemonstration.** Die hiesige Polizeibehörde gestattete für Sonntag der Arbeiterschaft die Veranstaltung einer Wahlrechtsdemonstrationsversammlung auf dem hiesigen Jugendplatz. Verboten dagegen wurde der Umzug durch die Straßen der Stadt.

**Wahlrechtsdemonstration.** Die polizeilichen Anschulds-Lämmer. Auf die Eingabe, die die sozialdemokratischen Stadtverordneten aus Anlaß des Vorgehens der Polizei am 13. Februar an den Regierungspräsidenten gerichtet und in der sie bekanntlich die Amtsentsetzung des Polizeimeisters Rissen und Polizeikommissars Gursmann gefordert hatte, ist dem Genossen Radlof folgendes Antwortschreiben zugegangen:

„Auf die Eingabe vom 21. vorigen Monats benachrichtige ich Sie, daß ich auf Grund der angelegten Ermittlungen die Überzeugung gewonnen habe, daß die Maßnahmen der dortigen Polizei gegen die Wahlrechtsdemonstrationen vom 13. Februar zu entziffern und dementsprechend sind und daß von der Waffe erst dann Gebrauch gemacht wurde, als die Beamten von der Volksmenge in unerhöhrter Weise verhöhnt und beleidigt worden und letztere sich fortgesetzt weigerte, der Aufforderung zum Auseinandergehen Folge zu leisten. Insbesondere bemerke ich, daß die Behauptung, die Beamten hätten der eingetragenen Menge keine Gelegenheit geboten, sich in ihre Wohnungen zu entfernen, eine willkürliche und nicht den Tatsachen entsprechende ist. In irgend welchen Maßnahmen gegen die Polizeiverwaltung liegt keine Veranlassung vor, vielmehr trifft die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen diejenigen, welche die Demonstrationen veranlaßt haben.“

Die Antwort des Regierungspräsidenten ist also richtig so ausgefallen, wie man es sich ungefähr vorher denken konnte: alle Schuld trifft die bösen „Hege“, die Polizisten aber sind die reinen Unschulds-Lämmer. Es ist wohl kaum nötig, zu betonen, daß die Informationen des Herrn Regierungspräsidenten, die offensichtlich von der Polizei selbst herühren, durchaus falsch sind. Es ist unrichtig, daß die Polizei erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht habe, als die Menge sie verhöhnt und beleidigt und sich gewelgert hätte, auseinanderzugehen. Ebenso unwahr ist die Behauptung, daß die Polizei den Versammlungsbesuchern Gelegenheit gegeben hätte, sich nach ihren Wohnungen zu begeben. — Eine erfundene Erfindung. Dieser Tage hieß es, daß die preussische Staatsbahnverwaltung dem hiesigen Kutscher Rennspieß für eine von ihm erfundene Wagenkuppelung die Summe von 120 000 Mark ausgezahlt habe. Diese Nachricht ging in zahlreiche Zeitungen über und alarmierte fast alle Erfinder des Deutschen Reiches und solche, die es werden wollen. Viele fühlten sich zurückgesetzt, da sie selbst eine viel bessere Wagenkuppelung auf Lager hatten, als die Rennspieß geliefert haben sollte. Andere wollten es diesem nach und suchten nun Zeichnungen und Beschreibungen der schon vorhandenen Lösungen, und alle bestürmten die Staatsbahnverwaltung mit Briefen und Anfragen. Wie dem „Berliner Tageblatt“ von zuständiger Stelle berichtet wird, ist an der ganzen Prämien Geschichte kein wahres Wort. Der technische Ausschuss des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen beschäftigt sich auch schon seit Jahren mit der Erprobung selbsttätiger Mittelkuppelungen, ohne daß es bisher gelungen wäre, dies äußerst schwierige Problem der Lösung näher zu bringen.

**Hensburg. Eisenbahnunfall.** Auf der Nord-schleswigschen Weiche stieß gestern früh der nach See-Nieblüt ausfahrende Personenzug auf einen Kleezug. Durch den Anprall wurden beide Lokomotiven auf die Seite geworfen und sperrten das Gleis. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Als verletzt meldete sich eine Person.

**Güßrow. Das Schwurgericht** verurteilte den Fischer Emil Meyer in Groß-Laaß wegen Brandstiftung zu 10 Jahren Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust, den Arbeiter Bernhard Marwardt in Groß-Laaß wegen Anstiftung Meyers zur Brandstiftung zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Dem Angeklagten Meyer war zur Last gelegt, am 29. Juli in Groß-Laaß das alte Wohnhaus der Wüdnerei Nr. 2 vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Durch diesen Brand wurde der Tod eines Menschen, des 1 1/4 Jahr alten Sohnes Paul des Wittangelegten Martwardt verursacht. Meyer war geständig, daß Feuer angelegt zu haben. Martwardt bestritt, ihn zur Brandstiftung bestimmt zu haben, doch war erschwerend für ihn, daß er kurz vor dem Brande eine Reihe von Gegenständen aus seinem alten Hause ins neue gebracht

hat. Meyer will sich vor der Brandstiftung überzeugt haben, daß das Haus von Menschen leer sei. Den Tod des Kindes habe er nicht wollen.

**Bremen. Die Verfolgung der Debelgratu-** lanten im bremischen Lehrerstande. Das Telegramm der sozialdemokratischen Lehrer in Bremen, in dem sie den Genossen Debel anläßlich seines 70. Geburtstages beglückwünschten, hat die Bremer Behörde in eine schieferhafte Tätigkeit gebracht. Daß sie eifrig nach den Absendern des Telegramms fanden und bereits 32 „Verdächtige“ auf eine Liste gesetzt hat, haben wir bereits berichtet. Jetzt erließ die Schulbehörde eine Verfügung an die Schulkollegen, in der es u. a. heißt: Die Lehrer, welche es mit den von ihnen übernommenen Beamtenpflichten für vereinbart gehalten haben, das Telegramm abzuschicken, oder sich an der Absendung zu beteiligen, haben nicht den Mut gehabt, für ihre Handlungswelt mit ihren Namen einzutreten, so daß sie bislang nicht bekannt sind. Um keinen Zweifel über die Stellungnahme der Unterrichtsverwaltung zu dieser Angelegenheit aufkommen zu lassen, wird ausdrücklich erklärt, daß in der Absendung des Telegramms ein Dienstvergehen erlöst wird, das die Beteiligten für ungeeignet für den Dienst als Staatsbeamte erscheinen läßt, und daß, wenn sie bekannt wären, nachsichtlich gegen sie das Verfahren auf Dienstentlassung eingeleitet werden würde. Die Behörde befindet sich mit der in ihrer Verfügung niedergelegten Auffassung in schönster Übereinstimmung mit dem unentwegt liberalen bremischen Preßklüngel, der zwar ein über das andere Mal beteuert, auch den Beamten die bürgerlichen Rechte zuerkennen zu wollen, zugleich aber mit aller Deutlichkeit durchblicken läßt, daß nach seiner Meinung sozialdemokratisch geneigte Lehrer nicht als Beamte gebildet werden können.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater. „Götterdämmerung“**, dritter Tag aus dem Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. Nun hat auch unsere neue städtische Bühne den ganzen „Ring“ zur Aufführung gebracht und damit einen schönen Beweis ihres von künstlerischem Ernste getragenen Strebens und ihrer Leistungsfähigkeit gegeben. Die „Götterdämmerung“ stellt von allen vier Teilen der gewaltigen Tetralogie wohl die größten Ansprüche an die Mitwirkenden. Das Maß physischer Kraft und Ausdauer, welches verlangt wird, ist nicht geringer, als die Anforderungen, die in bezug auf die geistige Durchdringung der einzelnen Hielesaufgaben gestellt werden. Unser heimischen Künstler — auswärtige waren zu der gestrigen Vorstellung nicht hinzugezogen — waren durchweg mit warmem Herzen bei der Sache; sie setzten ihre ganze Können ein und leisteten auch im wesentlichen recht Gutes. Wenn es ihnen trotzdem nicht immer gelang, die Zuhörer im Innersten zu packen, wenn Wille und Tat noch nicht miteinander gleichen Schritt hielten, so lag das daran, daß die Aufgaben ihre Kräfte wenigstens vorläufig noch überstiegen.

Den Inhalt des Musikdramas bildet der Tod Siegfrieds, die Erlösung des Ringes vom Fluch des Nibelungen Alberich, der Untergang der Götter. Da wir wiederholt im einzelnen hierauf eingegangen sind, so wollen wir es heute unterlassen, die symbolische Bedeutung der ganzen Tetralogie, die in wunderbarer Weise die Macht des Goldes behandelt, noch einmal zu besprechen. Wagners Musikdramen muß man von der Bühne herab auf sich wirken lassen, um ihre Schönheiten zu empfinden, ihre zwingende Macht zu erkennen.

Von den Mitwirkenden verdient in erster Linie Fräulein Kahler genannt zu werden, die eine Brünnhilde von imponierender Größe schuf. Ihr wohlklingendes, kraftvolles Organ bewältigte die überaus anstrengende Partie in sieghafter Weise; es klang noch in der letzten großen Szene so glänzend und frisch wie zu Beginn der Vorstellung. Auch in der stellerischer Beziehung war ihre Vortragsweise von überreicher Höhe und blühendem Leben erfüllt.

Den Siegfried sang Herr Erb zum ersten Male. Er gab den lachenden Helden noch ein wenig befangen und zu leicht, wie es seinem Wesen und namentlich auch dem Charakter seines Tenors entspricht, um den es wirklich schade wäre, wenn er durch zu vieles Wagner-Singen schwinden würde. Ganz vorzüglich gelang ihm die große Erzählung vor seiner Ermordung an der Quelle, die in warmes Empfinden getaucht, durch ihren wundervollen Ausdruck entzückte und ergriff.

Für den finstern Hagen war Herr Hötte ein wichtiger Vertreter. Auch Herr Langefeld als Gunther bot eine tüchtige Leistung. Recht farblos gab dagegen Frau Bartisch die Gutrune. Für den Alberich reichte Herr Fischer ebensowenig aus, wie Fräulein Martel für die Waldtraute. Mit Anerkennung genannt zu werden verdienen die Damen Strecken, Weber und Schardt, die sowohl die Mornen als auch die Rheintöchter vortrefflich sangen. Die Chöre klangen frisch und gingen sicher. Es steckte sogar Leben drin.

Die Inszenierung hatte Herr Oberregisseur Islaub mit vieler Liebe und Umsicht besorgt, wenn sich auch über kleine Einzelheiten, so den merkwürdigen Sonnenaufgang im zweiten Aufzuge, streiten ließ. Herr Kapellmeister Pfeiffer leitete die Aufführung mit Begeisterung und Verständnis für das Werk und seinen Schöpfer. Säm sowie seinem Orchester gebührt ein besonderes Lob. Das Publikum, welches das Theater fast bis auf den letzten Platz füllte, zeichnete alle Mitwirkenden durch stürmischen Beifall, Lorbeer und Blumen aus. P. L.

## Schiffsnachrichten.

- In Travemünde angekommene Schiffe.
  - Donnerstag, 3. März.
  - D. Bögen, Kapl. Friis, von Hammar, 2 T.
  - Freitag, 4. März.
  - D. Graf Schmalow, Kapl. Bauer, von Methil, 3 1/2 T.
  - D. Fortuna, Kapl. Stage, von Halmstad, 6 T.
  - D. Ostsee, Kapl. Giggert, von Furiden, 44 St.
  - Von Travemünde abgegangene Schiffe.
    - Donnerstag, 3. März.
    - D. Halland, Kapl. Kollberg, nach Kopenhagen.
    - D. Thor II, Kapl. Jörgensen, nach Raskov.
    - D. Behr Braze, Kapl. Lindvoos, nach Abo.
    - Freitag, 4. März.
    - D. Lerne, Kapl. Hansen, nach Nerököpung.
    - D. Richard, Kapl. Hansen, nach Räkssö.
    - D. Beile, Kapl. Andersson, nach Aarhus.

Schiffsbewegungen.  
D. Luna ist gestern nachmittags von Rotterdam auf hier abgegangen.  
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Berufs- und Arbeiter-Garderoben

Infolge meines enorm großen Bedarfs und sehr günstiger Abschlüsse liefere ich

nur bewährte gute Qualitäten zu ausserordentlich billigen Preisen.



Koch-Jacken ..... 4.20 3.90 3<sup>50</sup>/<sub>M.</sub>  
 Koch-Hosen ..... 3.90 3.25 2<sup>75</sup>/<sub>M.</sub>  
 Konditor-Jacken ... 4.20 3.90 3<sup>50</sup>/<sub>M.</sub>  
 Friseur-Jacketts ... 4.25 3.25 2<sup>95</sup>/<sub>M.</sub>  
 Haarschneide-Mäntel mit Aerm. 3<sup>90</sup>/<sub>M.</sub>  
 Kellner-Smokings Fassung „Opera“ 4<sup>90</sup>/<sub>M.</sub>  
 Schlachter-Jacken .. 4.75 4.50 4<sup>20</sup>/<sub>M.</sub>  
 Schlachter-Kittel ... 2.90 2.80 2<sup>70</sup>/<sub>M.</sub>  
 Schriftsetzer-Kittel ... 3.20 2<sup>90</sup>/<sub>M.</sub>  
 Mechaniker-Kittel ... 3.20 2<sup>90</sup>/<sub>M.</sub>  
 Goldarbeiter-Kittel ..... 2<sup>80</sup>/<sub>M.</sub>  
 Maurer-Blusen ..... 2.10 1.90 1<sup>70</sup>/<sub>M.</sub>  
 Maurer-Hosen ..... 5.40 3.80 2<sup>75</sup>/<sub>M.</sub>  
 Arbeits-Blusen ..... 1.95 1.60 1<sup>30</sup>/<sub>M.</sub>  
 Schürzen für jeden Beruf.



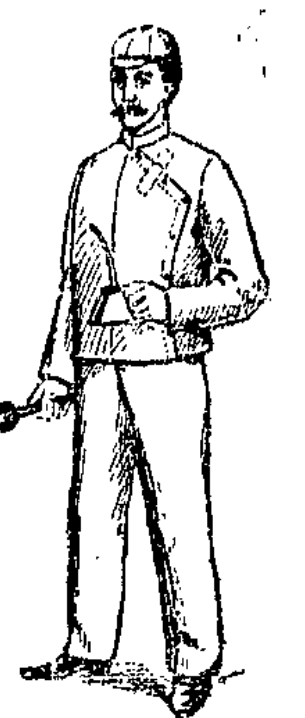
Diener-Jacken ..... 4.75 4<sup>25</sup>/<sub>M.</sub>  
 Diener-Westen ..... 3.75 3<sup>25</sup>/<sub>M.</sub>  
 Diener-Hosen ..... 4.50 4<sup>25</sup>/<sub>M.</sub>  
 Maler-Kittel ..... 3.25 2.60 1<sup>95</sup>/<sub>M.</sub>  
 Maler-Joppen ..... 3.90 2.75 1<sup>75</sup>/<sub>M.</sub>  
 Maler-Hosen ..... 2.10 1.65 1<sup>35</sup>/<sub>M.</sub>  
 Schlosser-Jacken .. 2.30 1.85 1<sup>30</sup>/<sub>M.</sub>  
 Ingenieur-Jacken .. 2.90 2.60 2<sup>40</sup>/<sub>M.</sub>  
 Maschinisten-Jacken 2.20 1.80 1<sup>30</sup>/<sub>M.</sub>  
 Kessel-Anzüge mit Kapuze ... 4<sup>60</sup>/<sub>M.</sub>  
 Manchester-Hosen .. 6.50 4.90 3<sup>75</sup>/<sub>M.</sub>  
 Gestr. Lederhosen .. 3.80 2.75 1<sup>90</sup>/<sub>M.</sub>  
 Zwirn-Hosen ..... 2.90 2.50 1<sup>85</sup>/<sub>M.</sub>  
 Arbeits-Hemden .. 1.90 1.45 95<sub>c</sub>  
 Mützen für jedes Gewerbe.



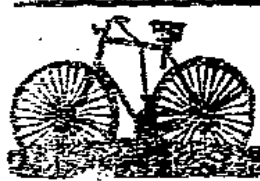
:: Kellner-Garderoben ::



Lehrlings-Ausrüstungen



# Rudolph Karstadt, Lübeck.



Empfehle mein grosses Lager in

erstklassigen Herren- und Damen-Fahrrädern

verschiedene Marken zu den billigsten Preisen.

**Th. Vedder**

Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt.  
 Reparaturen aller Systeme  
 werden prompt und billig ausgeführt.

**Photographie SAMSON & Co.**

Breitestr. 39 — Telephon 1057  
 empfiehlt

12 Visit, Glanz, 1.80, 12 Visit, matt (hell o. dunkel) 4.—  
 12 Cabinet „ 4.90, 12 Cabinet „ „ „ 8.—  
 Vergrößerungen von 4 Mk. an.  
 Konfirmanden und Schüler Preisermäßigung.  
 Atelier den ganzen Tag, auch Sonntags, von 9—7 Uhr un-  
 unterbrochen geöffnet.

**Carl Folkers  
 Möbelmagazin**

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Grösste Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.



en gros u. en detail  
 reelle u. gute Ware  
 empfiehlt

**HEINR. HAGELSTEIN**  
 Königstrasse 85

I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“

Huxstrasse 117. **Fr. Barby** Huxstrasse 117.

Übernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen.  
 Überführungen von und nach auswärts.

— Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen. —

**Zur Konfirmation**

empfehlen

**schwarze u. farb. Kleiderstoffe,**  
 das ganze Meter 65 Pfg. bis 4.50 Mk.

**Konfirmandinnen-Jacketts,**  
 4.00, 6.00, 7.00 bis 15.00 Mk. usw.

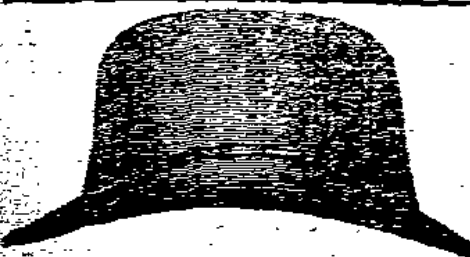
**Konfirmanden-Anzüge,**  
 7.75, 9.75, 12.00 bis 30 Mk. usw.

**Hüte • Mützen • Handschuhe.**

**Gebrüder Barg**

— Kohlmarkt 5. —

Lubeca-Marken oder 4 Proz. in bar.



**Herren-Hüte**

Reife und weiche, schwarz u. farbig, größte Auswahl, billige Preise.

**Konfirmanden-Hüte.**

**E. Hirsekorn, Lübeck, Sandstraße 20.**

**Siner sage es  
 dem anderen!**

Den besten u. billigsten

**Sohlen-Ausschnitt**

kauft man in der Lederhandlung

von

**Wilhelm Grube,**

28 Zänthausen 28.

Die moderne Schuhreparatur-Werkstatt  
 des Schuhwarenhauses „Record“

Schwartauer Allee 4, am Bahnhof,

arbeitet sauber, schnell und billig.  
 Herrensohlen und Absätze von 2,60 Mk., Damensohlen und Absätze  
 von 1,80 Mk. an, Kindersohlen und Absätze billigst.  
 Auf jede Reparatur kann gewartet werden.



# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 54.

Sonnabend, den 5. März 1910.

17. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 4. März 1910.

48. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.  
Zunächst wird ein scheinbarer Antrag Geel (S.D.), daß in der gegen ihn bei der Strafkammer in Offenburg (Baden) anhängigen Belvaatlage verhandelt werden könne, der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

**Etat des Reichsamts des Innern.**  
Die Beratung setzt beim Kapitel „Gesundheitsamt“ ein. Meunier (M.) regt reichsgefesliche Regelung des Apothekerwesens an.

Staatssekretär Dr. Delbrück erwidert, daß das Material gegenwärtig bearbeitet wird.

Brühne (S.D.): Seit Jahren haben sich die Badeanstaltsbesitzer am Wein mit Petitionen an den Reichstag gewandt gegen die Verunreinigung des Stromes durch die Fabriken. Offenbach und Frankfurt a. M. leiden darunter, und auch die Fischerlei ist erheblich zurückgegangen. Das ist um so bedauerlicher, als die Fischpreise immer noch außerordentlich steigen. Das Reichsamt des Innern muß sich auf die Verschönerung der Unfallberufsgenossenschaften hinweisen, an Arbeiter keine Prämie zu bezahlen, wenn sie sich in Betriebe einen Leistenbruch zuziehen. Das Reichsamt sollte hier für Wandel sorgen, denn die Berufsgenossenschaften sind nicht so schlecht gestellt, als daß sie nicht die betreffenden Renten unter allen Umständen zahlen könnten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verichte der Fabrikinspektoren erweisen wieder, wie sehr gegen die Gesundheit der tugendlichen Arbeiter gesündigt wird. Wenn man diese Verichte liest, so muß man sich fragen, wie es nur möglich ist, daß wir heute in Deutschland solche Zustände haben, die darauf ausgehen, die Gesundheit von Kindern völlig zu ruinieren. Im Bezirk Kresberg erhielt ein Knabe, der noch nicht 10 Jahre alt war, nach dreiwöchentlichem Arbeit — er mußte täglich 10 Stunden arbeiten — insgesamt 3,60 Mk. ausgezahlt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist 2 Pfg. pro Stunde. (Erneutes Hört, hört! bei den Soz.) Im Bezirk Minden stellte der Gewerbeinspektor fest, daß von 277 Kindern, die in der Tabakindustrie beschäftigt werden, 153 unter 10 Jahre alt sind. Ein Knabe, der noch nicht 6 Jahre zählt, arbeitet dort täglich 8 Stunden. Ein 10jähriger Knabe verdient 1,4 Pfennig pro Stunde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zwei Fabrikanten wurden wegen dieser Kinderausbeutung angeklagt und zu 3 resp. 6 Mark Strafe verurteilt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Derartig geringfügige Strafen für Kinderbeschädigung müssen natürlich zu der unheimlichen Ausbeutung nur noch anreizen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die Väterverordnung ist mehrfach gesprochen worden. Manche Vätermeister wünschen selbst ihre Abschaffung. Die Mehrheit des Reichstags wird dafür aber wohl nicht zu haben sein. Hier ein Beispiel dafür, wie man mit Lehrlingen umgeht: Der Fabrikinspektor zu Potsdam fand einen Lehrling von 14 Jahren, der 18 Stunden in einer Loure beschäftigt war. Wo bleibt da die Väterverordnung? Die Polizei kann natürlich nicht überall sein, aber die Handwerker selbst sollten doch dafür sorgen, daß die Bestimmungen besser durchgeführt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In einer Ziegelei stellte der Inspektor fest, daß ein Kind für das Aufstellen von 1000 Backsteinen 6 Pfg. Lohn erhielt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Noch ein Wort über unsere Fürsorgeerziehung. Man sollte meinen, daß die bekannten grauenvollen Enthüllungen die Leiter solcher Anstalten darauf bringen würden, daß ähnliche Dinge nicht mehr vorkommen. Statt dessen scheint es aber, daß diese norddeutschen Vorkommnisse sich jetzt nach dem Süden Deutschlands verpflanzen. (Rufe rechts: Gesundheitsamt!) Wohin soll denn die Fürsorgeerziehung gehören, wenn nicht zum Gesundheitsamt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Darmstadt hat kürzlich ein Projekt ganz ähnliche bestialische Vorgänge an den Tag gefördert, und erst vor 14 Tagen hat die Oberfelder „Freie Presse“ über eine neue Fürsorgeerziehung in der Handwerkerbildungsanstalt zu Gmünd berichtet, wo die Knaben mit Stricken gebunden und dann in Himmelstreichender Weise, bis zu 150 Schlägen verprügelt wurden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es gibt für solche Bestialitäten keinen parlamentarischen Ausdruck. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unsere Behörden aber haben die Pflicht, alles daran zu setzen, daß derartige Zustände beseitigt werden. Im preussischen Landtage hat der Minister Abhilfe versprochen, ich wünsche, daß das Versprechen auch gehalten wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Wum: Die zunehmende Verschmutzung des Rheins wird von den Behörden nicht übersehen. Man hat mehrfach Kläranstalten errichtet, auch in Offenbach wird bald Besserung geschaffen werden, es geht aber nicht von heute auf morgen. Die Fürsorgeerziehungsanstalten unterstehen den Landesbehörden. Auch auf die Mißstände in den Gewerbebetrieben gehe ich aus dem gleichen Grunde nicht ein. Herr Lehmann sprach gestern von den Weivergiftungen. Aber aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Bundesratsverordnung ganz gut ist. Vereinzelt Verträge gegen die Verordnung sind gewiß bedauerlich. Entgegen seiner Ansicht muß ich betonen, daß Bleiwass nicht entbehrlich und durch Zinkweiß nicht voll ersetzt wird. Zu einem absoluten Verbot des Bleiwassers kann man heute noch nicht übergehen. Es würde nur die Industrie und Tausende von Arbeitern schwer schädigen.

Dr. Leonhardt (F.Vp.): empfiehlt die freisinnige Resolution, welche die Bereitstellung von Reichsmitteln für Erforschung und Bekämpfung des Alkoholismus fordert. Der Einwand, daß die Bekämpfung des Alkoholismus keine Sache des Reiches sei, müsse zurückgewiesen werden. Nebenher erkennt an, daß der Branntweinbottel der sozialdemokratischen Partei bedeutende und segensreiche Folgen gezeitigt habe und lobt die Tätigkeit des Vereins vom „Blauen Kreuz“ und anderer, den Alkohol bekämpfender Organisationen, sowie auch den Alkoholverbot des preussischen Eisenbahnministers. Ein Reichstrunkfugesetz dürfe natürlich nicht geschaffen werden, ein solches führe nur zu neuen Polizeischikanen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Darüber, daß der Alkoholismus bekämpft werden soll, gibt es wohl im Hause keine Meinungsverschiedenheit. (Allgem. Zust.) Der vom Vorredner vorgeschlagene Weg scheint mir aber nicht der richtige. (Zust. links.) Am besten wird der Alkoholismus durch das gute Beispiel der älteren Arbeiter, Meister usw. bekämpft werden.

Dr. J. Hoff (F.Vp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Wurmkrankheit im Ruhrrevier, die sich neuerdings wieder in erschreckender Weise ausgebreitet habe. Es ist sehr zu bezweifeln, ob die Bekämpfung dieser unheimlichen Geißel des Bergmanns im notwendigen Umfang und mit der gebotenen Umsicht erfolgt ist. Nirgends wird ein solcher Raubbau mit der Arbeitskraft getrieben als in den Zinkhütten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Um so dringender ist zu verlangen, daß die bestehenden Schutzbestimmungen dort auf das strengste gehandhabt, und wenn sie sich als ungenügend erweisen, ergänzt werden. (Bravo! b. d. Soz.)

von Treuenfels (M.) befragt eine Resolution, die einen Gesehtwurf gegen den Mißbrauch narkotischer Arzneimittel verlangt.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Wum: Wegen die Abgabe von Narkotika haben wir bereits Bestimmungen. Sie dürfen nur an zuverlässige Personen verkauft werden. Abgesehen ist eine Revision der betreffenden Verordnungen im Gange. Von einer stärkeren Ausbreitung der Wurmkrankheit, deren Bekämpfung übrigens Sache der Landesregierungen ist, ist mir nichts bekannt.

Dr. Burchard (F.Vp.) bedauert das geringe soziale Empfinden eines Richters, der in dem vom Abg. Brühne vorgetragene Falle von Kinderausbeutung nur eine Geldstrafe von 3 Mark verhängt hat. Über schließlich können wir doch nichts dafür, wenn die Vorschriften übertreten werden. Das Gesetz ist scharf genug. Die Soz. im „Vorwärts“ arbeiten auch mit Blei; wenn die Sozialdemokraten konsequent sein wollen, müssen sie also den „Vorwärts“ schließen. (Heiterk.)

Ein Schlussantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Dr. Müller-Mehlingen (F.Vp., persönlich): Wir bedauern, eine ganze Reihe von wichtigen Fragen nicht mehr zur Sprache bringen zu können. (Oh, oh! rechts.) Der vorzeitige Debatteabschluss ist die Folge ihrer (nach rechts) tagelangen persönlichen Zänkereien. (Lebh. Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Dr. Südekum (S.D., persönlich) bedauert ebenfalls den Debatteabschluss und behält sich vor, in der dritten Lesung die heute verhinderten Ausführungen zu machen.

Das Kapitel wird bewilligt, die Resolutionen werden angenommen.

Beim Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft“ regt Abg. Graf Braschma (Z.) die Errichtung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft an und wird hierbei vom Abg. Wilkens (K.) unterstützt.

Staatssekretär Dr. Delbrück dankt für diese Anregung; man könne aber mit der Errichtung neuer Reichsamter nicht so schnell bei der Hand sein.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt „Patentamt“.

Sommer (F.Vp.) tritt für die Diätare und Kanzlei-Beamten des Patentamtes ein.

Dr. Juncé (M.) verlangt baldige Vorlegung einer Novelle zum Patentgesetz und beklagt die Höhe der Patentgebühren.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Vorarbeiten zu einer Patentgesetznovelle sind im Gange.

Der Etat des Patentamtes wird bewilligt. Es folgt „Reichsversicherungsamt“.

Behrens (F.Vp.) begründet eine Resolution der Konservativen, des Zentrums, der Antisemiten und National-Liberalen, bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes im Interesse der Minoritäten das Proportionalwahlrecht einzuführen.

Debel (Z.) führt Beschwerde über mangelhafte Seelsorge der Katholiken in den Landesversicherungsanstalten und klagt über rigorose Auslegung der Gesetze bei Auszahlung von Renten, wodurch Tausende sehr bedürftiger Personen der Wohltat des Gesetzes verlustig gehen. (Bravo! i. Zentr.)

Dr. Pothoff (F.Vp.) bittet den Staatssekretär um Beschleunigung der Privatbeamtenversicherung.

Hoch (S.D.): Mit dem von Herrn Behrens befristeten Antrag ist gar nichts anzufangen. Bei dem jetzigen Wahlverfahren können die Minderheiten nicht berücksichtigt werden, weil es kein direktes Wahlverfahren ist. Herr Behrens möge mit uns für ein direktes Wahlverfahren eintreten! Die Zahl der Beschwerden ist außerordentlich gewachsen. Die Entstehungsgeschichte unserer Versicherungsgesetze erklärt es aber, warum so viele die Interessen der Bevölkerung schwer schädigende Erkenntnisse zustande kommen. Besonders benachteiligt ist die landwirtschaftliche Bevölkerung und gerade die Herren, die hier ihre angebliche Bauernfreundschaft so laut bekunden, haben die für die Bauern so nachteiligen Bestimmungen in das Gesetz gebracht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Schlimmste aber ist, daß gegen viele Entscheidungen nicht Berufungen eingelegt wird, weil die Betroffenen gar nicht wissen, daß sie die Möglichkeit dazu haben. Sie (nach rechts) haben ja verhindert, daß in den Entscheidungen darauf hingewiesen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Etat weist eine Ersparnis am unrechten Ort auf: Die Kosten für das Beweisverfahren nämlich sind mit 25 000 Mk. weniger angelegt, je weniger aber Beweis erhoben wird, um so weniger wird der Arbeiter sein Recht finden! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Zahl der Beweiserhebungen des Reichsversicherungsamtes ist ohnehin in den letzten Jahren zurückgegangen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist höchst bedenklich. Dazu kommt, daß einige Berufsgenossenschaften die Praxis befolgen, dem klagenden Arbeiter den Inhalt des Urteils vorzuenthalten. Das ist einfach als Skandalus zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokr.) Die Arbeiter tun alles, was sie können, um aus eigener Kraft bestehende Mißstände zu beseitigen. So haben sie z. B. aus ihren Mitteln Baukontrolleure angestellt. Ein einziger von diesen Kontrolleuren hat in einem Jahre ca. 370 Mißstände festgestellt. (Hört, hört! b. d. Soz.) und in vielen Fällen bei der Berufsgenossenschaft die Herstellung der Mißstände erreicht. Wo ihnen das nicht gelang, haben sie sich an das Reichsversicherungsamt gewandt. Dieses hat sich zum Teil an die Berufsgenossenschaften zurückgewandt, zum Teil überhaupt keine Antwort erteilt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Diese Scheu vor einer Mitarbeit der versicherten Arbeiter legt eine gebedliche Wirksamkeit des Versicherungswesens in vielen Fällen lahm. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir müssen darauf bestehen, daß das Reichsversicherungsamt Arbeiter zur Mitarbeit heranzieht. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor des Reichsamtes des Innern Caspar sagt Erhebungen über die Frage der Proportionalwahl zu und polemisiert gegen den Abg. Hoch.

Hoch (S.D.) bestreitet, daß die Zahl der Fälle, in denen vor dem Reichsversicherungsamt nicht Beweis erhoben sei, von ihm zu hoch angegeben wurde. Auch seine Angaben über die Nichtbeantwortung von Beschwerden hält Redner aufrecht und verlangt, daß das Reichsversicherungsamt seinen fleißlichen bürokratischen Standpunkt aufbebe. (Bravo! b. d. Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Kanalamt“ führt Vitter (Zentr.) Beschwerde über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei den Erweiterungsarbeiten des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das Kanalamt beschäftigt ausländische Arbeiter nur, wenn einheimische nicht zu bekommen sind.

Carstens (F.Vp.): Meine Informationen über die Lage der Kanalarbeiter decken sich nicht mit denen des Staatssekretärs. Bei der großen Arbeitslosigkeit hätte man gewiß genügend deutsche Arbeiter finden können. (Lebh. Zustimmung links u. i. Zentr.)

Späthmann (F.Vp.) führt Beschwerde, daß beim Zarenbesuch die Kaiserjacht auf beiden Seiten des Kaiser-Wilhelm-Kanals von Kavallerie eskortiert und weitgehende Absperrungen vorgenommen wurden. (Zuruf b. d. Soz.: Die Straßen dienen dem Verkehr. Heiterkeit links.)

Staatssekretär Delbrück: Es ist doch selbstverständlich, daß wir alles tun mußten, um die Sicherheit eines fremden Souveräns zu gewährleisten. (Bravo! rechts.)

Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Wolkenbuh (S.D.): Bei den Absperrungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend um den Kanal nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

## Oldenburger Landtag.

In der Donnerstag-Sitzung wurde zunächst die Prüfung der Wahlakten des an Stelle des verstorbenen Zentrumsgewählten Grieb neu gewählten Abgeordneten Dr. Driver geprüft, der ebenfalls dem Zentrum angehört. Die Wahl wurde für gültig erklärt und die Vereidigung des Abgeordneten vorgenommen.

Alsdann wurde die Beratung des Brandklassengesetzes fortgesetzt. Aber die Bestimmung, ob die Wahlbezirke zu bilden den Verwaltungsausschüssen der Brandkasse durch den Landtag oder durch die Städtevertretungen und Anstalten zu erfolgen habe in der Weise, daß jede Stadt I. Klasse und jenes Amt einen Vertreter in den Gesamtausschuß entsenden, entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Die Mehrheit votiert für die Wahl durch die Städte und Ämter, hierfür entscheiden sich auch die Sozialdemokraten. Die Befugnisse dieses Ausschusses werden durch Gesetz festgelegt. Um den Begriff fest zu umgrenzen, was zum Gebäude gehört, wird mit Mehrheit beschlossen, daß Ofen, Herde und sonstige Gegenstände, welche mit dem Gebäude fest verbunden sind, nicht zum Gebäude gehören, sondern wie bisher bei der Mobiliarversicherung zu versichern sind. Bei Regelung der Gefahrenklassen treten die Gegenstände zwischen Stadt und Land nochmals hervor und sind dazu eine Reihe Anträge eingereicht, die schließlich durch Kompromisse auszugleichen versucht wird. Nach 5 Jahren wird nach dem Gesetz die Frage der Gefahrenklassen neu geprüft werden. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes werden dann ohne wesentliche Debatte genehmigt und das Gesetz im ganzen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der jeveländischen Abgeordneten mit 32 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die Zurückziehung des Gehaltsregulativs für die Beamten, Lehrer und Lehrerinnen läßt nach den früheren Beschlüssen Lücken entstehen in bezug auf die Dauer des provisorisch gewährten Gehaltszuschlags. Es wird daher beschlossen, die Gehaltszuschläge bis 30. April 1911 weiter bestehen zu lassen, ebenso das Inkrafttreten der Bestimmungen des neu beschlossenen Schulgesetzes, soweit sie die Regelung der Gehälter umfassen, bis zur Regelung des Gehaltszuschlagsgesetzes zurückzustellen.

Nach Erledigung einer weiteren Reihe Anträge und Petitionen werden die Petitionen betr. Bahnbauten im Fürstentum Lübeck der Regierung als Material und zur Prüfung überwiesen. Hierüber werden wir morgen eingehender berichten.

## Aus Nah und Fern.

Mord. Wie aus Gbing gemeldet wird, wurde bei Landwirth G. in Reimerswalde Donnerstag morgen im Bett erschossen aufgefunden. Seine Frau wurde unter dem Verdacht verhaftet, ihn ermordet zu haben.



**Eine sensationelle Verhaftung.** Auf Ersuchen der Allensheimer Staatsanwaltschaft wurde die Witwe des von dem Hauptmann v. Götten erschossenen Majors von Schönbeck, jetzt verheiratete Weber, in Charlottenburg verhaftet.

**Eine Milderung.** Im November vorigen Jahres war ein Gajper Dienstmädchen zum Tode verurteilt worden, weil sie ihr elf Monate altes Kind, für das sie keine Unterkunft finden konnte, gestört hatte. Dieses Urteil ist jetzt im Gnadenwege in eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren gemildert worden. Wir sind der Meinung, daß auch diese Strafe noch außerordentlich hart ist.

**Soldatentragedie.** Im Park von Sanssouci hat sich eine Soldatentragedie abgespielt. Der 19 Jahre alte Offiziersbursche Max Ulrich vom Garde-Mann-Regiment in Potsdam verübte Selbstmord. Der Soldat war nach einem Streit mit seinem „Herrn“, dem Leutnant von Pfahl, von diesem entlassen worden und hatte sich aus Furcht vor Strafe im Park von Sanssouci eine Kugel in die Brust gelagt. Er wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht, wo er in der Nacht seinen Verletzungen erlag.

**Blutige Kämpfe mit Einbrechern.** Wie aus Berlin berichtet wird, ist es in der Nacht zum Freitag in der Gitschiner Straße und Freitag vormittag in der Fruchtstraße bei der Verfolgung von Einbrechern zu erheblichen Zusammenstößen zwischen den Verfolgern und den Verbrechern gekommen, bei denen die letzteren von ihren Revolvern Gebrauch machten. Während bei der Diebstahlsjagd in der Gitschiner Straße die abgegebenen Schüsse ihr Ziel verfehlten, beim Handgemenge aber ein Schuhmann einen Armbruch davontrug, wurde in der Fruchtstraße ein Schlachtermeister durch einen Revolvererschuß verletzt und zu Boden geschleudert. Die Kugel drang dem Schlachtermeister in die Schulter, doch scheint die Verletzung nicht gefährlich zu sein.

**Notwehr?** In Düssel (Westfalen) wollte nachts ein Polizeibeamter den Namen eines skandalisierenden Bergmanns feststellen. Der Bergmann griff den Beamten an, worauf dieser angeblich in der Notwehr den Angreifer erschoss.

**Zeugniszwangsverfahren.** Die im Nürnberger Zeugniszwangsverfahren gegen den Postsekretär Bengert verhängte Geldstrafe von 100 Mk. wegen Zeugnisverweigerung wurde von der Beschwerdefinstanz auf 50 Mk. ermäßigt und die Androhung der Zwangshaft aufgehoben. Die im übrigen wegen des gleichen Deliktes verhängten Strafen von 50 Mk. gegen den Redakteur des demokratischen „Nürnberger Anzeigers“ und den Postsekretär Mojat wurden als rechtskräftig erklärt.

**Opfer des preussischen Polizeisystems.** Sonnabendabend hat, wie schon kurz berichtet, in Düsseldorf mit dem Tode zweier Menschen und der Vernichtung zweier Familien eine Affäre ihren Abschluß gefunden, die ihre Ursache in einem an sich bedeutungslosen, fast alltäglich sich ereignenden Vorkommnis hatte. Der Wirt Heinrich Vogel, Scheurenstraße 59 wohnhaft, hat am Sonnabendabend gegen 10 Uhr den Polizeibeamten Hermann Wurster im Hause seiner Wohnung, Suitbertusstraße 89, erschossen und hat dann wenige Stunden darauf, nachdem er offenbar versucht, einige andere Beamte zu töten, seinem Leben selbst durch einen Revolvererschuß ein Ziel gesetzt. Man fand ihn Sonntag früh am alten Friedhof an der Kaiserwertherstraße mit einem abgerissenen Strick um den Hals; das andere Strickende hing an einer Trauerweide. Offenbar hat Vogel zur Zeit versucht, sich zu erhängen. Vogel hat, wie mit Bestimmtheit anzunehmen, aus Wache gehandelt, nachdem vorige Woche ein Prozeß zu seinen Ungunsten vom Reichsgericht entschieden worden ist. Die Vorgänge seien hier kurz geschildert: In der Nacht vom 1. zum 2. Juli v. J. begleitete Vogel einen ihm befreundeten Handwerksmeister auf dem Nachhausewege. Auf der Adersstraße wollte W. nochmals einkehren, sein Freund jedoch nicht, worauf W. aus Mitleid nach einem Schuhmann und „Hilfe“ rief. Es erschienen denn auch zwei Beamte, die den ihnen bekannten Vogel wegen „ruhigstehenden Lärms“ mit zur

Wache nehmen wollten, was ihnen nach einiger Wache und mit Hilfe einer Drohke schließlich gelang. Auf der Wache will nun Vogel von dem ihm wegen eines früheren Vorfalls angeblich übelwollenden Beamten erheblich mißhandelt worden sein, so daß er nach dem Vorfall noch fünf Tage habe das Bett hüten müssen. Vogel erstattete darauf unter Verfühlung eines ärztlichen Attestes bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den Beamten wegen Mißhandlung, Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung. Es geschah nun, was in solchen Fällen in Bremen in der Regel geschieht, aus dem Ankläger gegen die Polizei wurde ein Angeklagter. Die Staatsanwaltschaft lehnte Vogels Antrag ab und erhob gegen ihn Anklage wegen Widerstandsleistung gegen die Staatsgewalt, tätlichen Angriffs auf einen Polizisten, Sachbeschädigung und wissentlich falscher Anschuldigung. In der Verhandlung am 14. Oktober v. J. stellten die beteiligten Polizisten die Anschuldigungen Vogels unter ihrem Eid in Uebere und erklärten, W. habe sich in der Zelle äußerst rüchlos benommen, Fenster und Ofen demoliert und fortwährend skandalisiert. Der Staatsanwalt beantragte gegen Vogel 9 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft, weil die Polizei in ihrem Amte geschädigt werden müsse. Das Urteil lautete gegen Vogel auf 2 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft wegen Widerstandsleistung; wegen der übrigen Anklagepunkte erfolgte Freisprechung. Vogel wandte sich nun an das Reichsgericht, seine Revision wurde jedoch verworfen. Vogel, der sich bis zuletzt zu Unrecht verurteilt glaubte, mag nun den Entschluß gefaßt haben, sich an den nach seiner Ansicht an seinem Unglück schuldigen Beamten zu rächen und — wie nach Lage der Sache anzunehmen — hat er alle drei oder vier Beteiligten töten wollen. Hinzu kommt, daß sein Nervensystem durch die mit dem Prozeß verbundenen Aufregungen schon vollständig zerrüttet war; er glaubte seine Ehre, seine Existenz und seine Gesundheit vernichtet und so reiste in ihm der unselige Entschluß. Daß man es bei ihm mit einem schon halb Wahnsinnigen zu tun hatte, geht auch hervor aus einem, offenbar von ihm persönlich etwa eine Stunde vor der Tat in den Redaktionsbriefkasten der „Düsseldorfer Volkszeitung“ geworfenen Schreiben. So mußte denn ein an sich harmloser Vorgang einen so schrecklichen Ausgang nehmen. Nach einer andern Mitteilung hat Vogel noch auf den Polizeibeamten Lücke auf der Bilkerallee zwei Schüsse abgefeuert, zum Glück ohne zu treffen. Der Beamte suchte ihn festzuhalten, kam jedoch zu Fall, so daß Vogel entkam. Angeblich soll bei diesem letzterwähnten Vorfall sich das Publikum passiv, ja der Polizei gegenüber sogar direkt feindselig verhalten, und so die Flucht ermöglicht haben, wie das so oft zu beobachten sei. Wenn man jedoch über eine solche Haltung des Publikums Klage führt, so soll man auch nicht vergessen, daß sich die preussische Polizei ihr Publikum selbst so erzogen hat; nicht am Publikum liegt es, sondern am preussischen Polizeisystem.

**„Und er kam zu den Seinigen“.** Aus Bayern schreibt der „Frankf. Jtg.“ ein Leser: Ein nicht minder reizendes Geschichtchen, als aus Ludwigshafen berichtet wurde, wird in einer größeren Garnison erzählt, deren nähere Bezeichnung aus begrifflichen Gründen unterlassen werden muß. Die Herren vom Generalstab hatten sich im Wandervergelande versammelt, als plötzlich ein wild gewordener Ochse mit großen Schritten mitten unter die Strategen setzte, zum Schrecken der Offiziere, die nach allen Seiten auseinanderstoben. Nur ein junger Hauptmann nahm die Situation mit kühler Ruhe und unter leichtem Lächeln auf. Als das Intermezzo zu Ende war und sich die Herren wieder beruhigt auf den früheren Platz begeben hatten, wurde der junge Generalstabler von verschiedenen Kameraden bestrahlt, ihnen zu erklären, warum er denn bei dem aufregenden Zwischenfall gelächelt habe. Nach einigem Zögern gestand er dann schmunzelnd: „Ich fand es fürchtbar komisch; das war der erste Ochse, der ohne Protektion in den Generalstab gekommen ist.“

**Weiblicher Räuber.** Bei Neustift (Oberbayern) hat ein weiblicher Räuber an der Wallfahrtskapelle eine

Näherin überfallen und ihr unter Vorhalten eines Revolvers die Barchaft abgenommen. Die Ältere, Tochter eines Wasserbauarbeiters, wurde ermittelt und verhaftet.

**Der Leuchtturmwärter in Not.** Ein entsetzliches Los war dem Leuchtturmwärter auf Struten im Skagerrak infolge der Winterstürme beschieden. Auf einem winzigen Eiland, das gerade Raum bietet für den Leuchtturm und das kleine Wohnhaus, wohnte dort, zwei Meilen vom Festland entfernt, der Leuchtturmwärter Rannestad mit Frau und zwei Kindern. Heftige Stürme machten seit Ende Januar ein Verlassen der Insel zur Unmöglichkeit. Inzwischen erkrankte die Frau schwer; ärztliche Hilfe war nicht zu erlangen, und selbst die Lebensmittel gingen zur Neige. Auf das auf dem Leuchtturm ausgesetzte Notsignal hin machte der Zollkreuzer wiederholt den Versuch, zu der Insel zu gelangen, immer aber vergebens. Als er endlich anlegen konnte, war, wie dänische Blätter berichten, die Frau, der man als Nahrung schließlich nur in Wasser gekochte Gemüse hatte bereithalten können, gestorben, während die übrigen von trockenem Brot und gesalzenem Speck leben mußten. Aber auch ihnen stand immer der Hungertod vor Augen, denn als es bei Eintritt etwas besserer Witterung dem Zollkreuzer schließlich gelang, an dem Eilande anzulegen, bestand der ganze vorhandene Vorrat an Lebensmitteln nur noch aus einem Brot und einem Stückchen Speck.

**Die Opfer der Lawinenkatastrophe in Oberrett.** Die Zahl der durch den Lawinensturz im Eisenbahnzuge Getöteten wird jetzt auf 118 angegeben, darunter 84 Passagiere.

**Lynchjustiz in Texas.** Ein blutiger Akt von Lynchjustiz ist am Donnerstag in der Stadt Dallas im Staate Texas verübt worden. Dem „Berliner Tageblatt“ wird darüber aus Newyork berichtet: Gegen den Neger Allan Brooks, der sich gegen ein zwei Jahre altes weisses Mädchen vergangen hatte, wurde vor Gericht verhandelt, als plötzlich auf ein gegebenes Signal fünfzig Weiße in den Gerichtssaal drangen, die Wache überwältigten und sich auf den Neger stürzten. Sie warfen Brooks aus dem Fenster des im zweiten Stock gelegenen Saales, vor dem Tausende auf ihre „Beute“ warteten. Die Menge jagte den Neger durch die Hauptstraßen und erhängte ihn vor einem Klubhause an einem Laternenpfahl. Dann wurde der Leichnam abgeschnitten, auf einen Wagen geladen und vor das Rathaus gefahren. Dort präsentierte der Mob den toten Neger den Magistratsbeamten, indem ein paar Rädelführer Ansprachen hielten. Die ganze Stadt geriet infolge der Szenen in wilde Aufregung. Das Standrecht wurde erklärt, und alle Kneipen wurden geschlossen. Der Sheriff ließ alle Gefangenen aus dem Gefängnis bringen, da er befürchtete, die Volksmenge würde die Strafanstalt stürmen und General Lynchjustiz üben.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Zu einem unerhörten Zustand

befinden sich seit längerer Zeit Fußsteig und Radfahrweg in einem Teile der Kaiser-Wilhelm-Straße. Im Wallbrechtischen Park entspringen in der feuchten Jahreszeit diverse Quellen, die ihre Wasser über den Bürgersteig und den Radfahrweg der genannten Straße ergießen und dadurch den Fußgängern und Radfahrern recht unangenehm werden. Nach unserer Meinung ist es die Pflicht der Behörden, hier im Interesse der Steuerzahler schleunigst für Abhilfe zu sorgen. Mehrere Passanten und Radfahrer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Statt besonderer Werbung.** Nach schwerer langer Krankheit starb am Freitag, den 4. d. Mts., 3 1/2 Uhr, mein lieber Mann und meiner 5 unmündigen Kinder treuherziger Vater

**Joh. Christ. Friedr. Greßmann** im vollendeten 39. Lebensjahre. Tiefbetrübt von **Frieda Greßmann geb. Haus** nebst Kindern und Verwandten. Beerdigung Montag, d. 7. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Bornmerker Friedhofes aus.

**Ein leeres Zimmer** zum 1. April zu vermieten. Wallenhofstr. 21, II.

Zu vermieten 3 Stubenwohnung. Dasselbst leeres Zimmer mit Nebengelass. Preis 210 Mk. Näheres **P. Bernhard, Hüterdamm 10.**

Eine Zweizimmerwohnung mit Bodenlammer und Keller zu verm. Näheres **Fahrenkrug, Kottwitzstraße 15, I.**

**1 od. 2 Zimmer, leer od. möbl.** zu vermieten. Lindenstr. 45, pt.

Eine kleine Wohnung zu verm. Preis 160 Mk. **Woislinger Allee 83a.**

Zum 1. April mißständig eine kleine freundliche Wohnung nach vorne zu vermieten. **Wütcherstraße 21.**

Zu vermieten freundlich möbliertes Zimmer. **Balauerhof 18.**

Zum 1. April oder 1. Mai 3-Zimmerwohnung, Pr. 180 Mk. zu vermieten. **Krempeledorfer Allee 22.**

Gesucht zu Otern ein **Wasserlehrling.** **Gust. Behncke, Lindenstr. 37.**

**Tüchtige Damenschneider** auf Bestellung sofort gesucht. **Rudolph Karsadt.**

**Gesucht tüchtige Arbeiterinnen.** August Schuhmacher, **Ernstlinenstraße 3.**

Gesucht zu sofort ein ordentliches Mädchen außer der Schulzeit bei einem zweijährigen Kind. Näheres **Sonnt. nachm. 4—6 U. Meierstr. 22, v.**

**Zimmererlehrling** gesucht. **Chr. Cels, An der Falkenwiese 3.**

Von einem Harmonika-Klub wird ein Trommelspieler gesucht, auch für Sonntage. Näheres **Langer Lohberg 43, v.**

Das ehemalige, gut erhaltene Schulhaus in **Groß-Steinrade** mit ca. 3500 Quadratmtr. großem Garten soll öffentlich meistbietend verkauft werden. Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht. Bei annehmbarem Gebote wird Zuschlag sofort erteilt.

1. Verkaufstermin: **Donnerstag, den 10. ds. Mts., abends 7 Uhr** in der „Brauerei Fackenburg“, **Stoßelsdorf, den 2. März 1910.** Der **Gemeindevorstand.** **Sinze.**

Ein noch gut erhaltenes Fahrrad zu verkaufen. **Krempeledorfer Allee 22.**

Gut erhaltener Sitz- und Liegewagen sehr billig zu verkaufen. **Vegetanstr. 3a, II.**

Wegen Umzug ein altes Sofa billig zu verkaufen. **Devenau 17, I.**

Brut-Gier v. weißen Wghandts, darunter Ausstellungsstiere. Stück 15 Bq. **Sedanstr. 15, v.**

Zu verk. Sofa, 4 Stühle, 1 Küch. Kleiderst., Komod., Bettst. m. Sprin. laub. Bettg. **Schwöbenquersstr. 28.**

Ein fast neuer dunkelgr. Paletot, guterh. schw. Gehrock-Anzug mittel. Figur, bill. z. verk. **Wittebeßtr. 33, II.**

Gutes Plüsch-Sofa, Kommode, B-Sportwagen. **Gegebergstr. 7, II.**

**Zimmerer-Werkzeug** zu verkaufen. **Kolt 20.**

**1 Gesellentoffer,** gut erhalten, zu verkaufen. **Schützenstraße 25, II.**

**Sofort für jeden annehmbaren Preis zu verk. hochf. Salongarnitur, Tisch, Trümmung, eleg. Plüschgarnitur, Vertikal, Spiegel mit Schrank, Schreibstisch, Sofa, Bettstellen, Waschtisch, Kleider- u. Küchenschrank, wertv. Schlagzin. Näh. **Wahmstr. 83, v. v.****

1 schwarzer **Kochanzug** und 2 gr. **Bilder** billig zu verkaufen. **Schützenstr. 20, II.**

Ein fl. **Haus** in der Georgstraße zu verkaufen. Näheres **Hüßtr. 1—9.**

**Kanarienh.** u. **Wbch., St. Seifert,** billig zu verk. In der Woche abends nach 6 Uhr. **Louisenstraße 11, I.**

Ein **Kanarienhahn** 3 Mk., sowie mehrere **Heckdauer** a 50 Pf. **Karpenstraße 17.**

**Edele Kanarien-Zuchtweibchen,** St. Seifert, zu verkaufen. **W. Block, Kadens. Allee 36, II.**

Sonntag sind **Ferkel** zu verkaufen. **Gasthof Zum roten Löwen.**

Sonntag steht 1 **Sch 6 Wochen** alte Ferkel zum Verkauf. **Luckmann, Alte Lohmühle.**

Zum Ausbessern von Herren- und Knaben-Garderoben u. Röckelchen empfiehlt sich **F. Paasch, Engelswisch 51.**

**Darlehen**, Verleibst., Bausgeld, an jed. Mann unter günst. Bedingungen. **A. Reiche, Breitestraße 51, II.**

**Feinste Kartoffeln,** 5,50 Mk., hochfein gelbblühende **Magnum bonum, französi. und Gesellschaftskartoffeln,** billig, frei Haus. **Wiedervertäufern** Ausnahmepreise. **C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26. Tel. 1440.**

**Empfehle Magdeburger gelbe Kartoffeln.** **Carl Person, Sedanstraße 1a.**

**Geschäfts-Eröffnung.** Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgebend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage ein **Büchergeschäft** **Beckergrube 49** eröffnet habe und erlaube die verehrten Damen um gütigen Zuspruch, indem ich schnellste Auslieferung bei soliden Preisen zusichere. **Minna Hartz.**

**Tapeten-Neuheiten** große Auswahl, billige Preise. **Fritz Rehm, Beckergrube 20.**

**Reste** ganz billig. **Willy Westfaling, Uhrmacher und Juwelier, 40 Holstenstr. 40** Passende Geschenke zur Konfirmation.

**Partie neue Herren-Anzüge** zum Aussuchen, 16,50 Mk. **Beckergrube 24, Laden.**

**Zum billigen Laden** 27 Hüßtr. 27 empfiehlt **Konfirmations- u. Osterkarten** in größter Auswahl! zu billigsten Preisen! Beste Bezugsquelle für Pariserer und Wiedervertäufer!

**Willy Koch** :: Zahntechniker :: **Lübeck, Holstenstrasse 21.** Verloren eine silb. Damenuhr mit Goldr. u. voll. Namen (Glaube, Hebe, Sofr.). Der ehrl. Find. u. geb. dtef. geg. Bel. Mittelstr. 18, p. abzugeben.

**Herzlicher Sonntagsdienst** am Sonntag, 6. März (von 1 Uhr ab): **Dr. med. Heddinga, Geibelplatz 1.** **Dr. med. v. Thaden, Breitelstraße 20.** **Dr. med. Fr. Christern, Karpenstr. 4.**

**Beerdigungs - Institut „Pietät“** **H. GRIMM, Wickedestr. 49.** Fernsprecher 1424.

Übernahme ganzer Beerdigungen Überführung m. eig. Transportwagen. **Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.**

**Adolf Hübner** Uhrmacher u. Goldarbeiter, **Hünshaus 18.**

**Täglich in allen Verkaufsstellen:** **Frisches Kraft-Dauer-Brot** **C. Siemers, Struckmühle.** Fernsprecher 1110.

Ihre beliebten Fabrikate und Waren hält die Firma **H. L. Wiegels** vormals **J. C. Bunge** bestens empfohlen!

Spezialität: Konf. v. Honiggeßlig-Perings-Großhandlung. **Spezialität: Delikatesse-Konf. v. Spies, Fischstr. 33.**

**Kartoffeln,** gefunde gelbblühende **11/2 de date,** 200 Pf. 5,20 Mk., sowie alle anderen Sorten billigst. **Gebrüder Spies, Fischstr. 33.**

**Merseburger Sösbutter** 10 Eier 60 Pf. empfiehlt **Wih. Söike, Warendorferstraße 25.**



Konfirmanden erhalten 4 Prozent Rabatt.

Zur

# Konfirmation

bieten wir durch Zusammenstellung von

## 4 Konfirmanden-Ausstattungen

die denkbar günstigste Kaufgelegenheit.

### Ausstattung 1

1 Anzug, Cheviot	6.90 Mk.
1 Paar Schnürstiefel	3.95 "
1 Hut	1.75 "
1 Kragen und Vorhemd	0.39 "
1 Krawatte	0.20 "
1 Paar Manschetten	0.30 "
1 Paar Handschuhe	0.80 "
<b>Komplette Ausstattung</b>	<b>14.29 Mk.</b>

### Ausstattung 2

1 Anzug, Cheviot	8.50 Mk.
1 Paar Schnürstiefel	4.75 "
1 Hut	2.10 "
1 Kragen und Vorhemd	0.39 "
1 Krawatte	0.30 "
1 Paar Manschetten	0.35 "
1 Paar Handschuhe	1.00 "
<b>Komplette Ausstattung</b>	<b>17.39 Mk.</b>

### Ausstattung 3

1 Anzug, Kammgarn	12.50 Mk.
1 Paar Schnürstiefel	5.50 "
1 Hut	2.25 "
1 Kragen und Vorhemd	0.39 "
1 Krawatte	0.35 "
1 Paar Manschetten	0.35 "
1 Paar Handschuhe	1.20 "
<b>Komplette Ausstattung</b>	<b>22.54 Mk.</b>

### Ausstattung 4

1 Anzug, Ia. Diagonal-Kammgarn	18.00 Mk.
1 Paar Schnürstiefel	6.50 "
1 Hut	2.75 "
1 Kragen	0.25 "
1 Vorhemd	0.35 "
1 Paar Manschetten	0.35 "
1 Paar Handschuhe	1.50 "
<b>Komplette Ausstattung</b>	<b>29.70 Mk.</b>

Mädchen-Konfirmanden-Stiefel 3<sup>95</sup> 5<sup>50</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>50</sup>Mk.

Holstenstr. 16. **Franzen & Co.** Holstenstr. 16.

Konfirmanden erhalten 4 Prozent Rabatt.



Ab heute Sonnabend  
die volkstümlichen und stadtbekanntesten  
**95-Pfg.-Verkaufstage**  
bei  
**Markmann & Meyer**

Vorzügliche  
**Kinder-**  
**Sitz- u. Liegewagen**  
in jeder Preislage,  
mit und ohne Gesundheits-  
matratze.  
Auf Wunsch werd. Bremf. angebr.  
Ausstellungs-  
raum : Fackenb. Allee 30.  
**J. Baade, Fackenburg**  
Allee 34 a.

**Gesang-Verein der Zimmerer.**  
**Einladung zum Kappenfest und Ball**  
verbunden mit humor. und Gesangsvorträgen,  
**am Sonntag, dem 13. März**  
im Gewerkschaftshaus, Johannistr. 50-52.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Das Komitee.

## Täglich 2 Zeitungen

morgens und abends

für 80 Pfennig monatlich

bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches. Wer eine politisch interessante, zweimal täglich erscheinende Zeitung aus der Reichshauptstadt lesen will, eine Zeitung, die eine Sonderstellung in der deutschen Presse einnimmt, ein Blatt, das in feinscher, kerniger, wahrhaft volkstümlicher Sprache alle Vorgänge des öffentlichen Lebens behandelt, lese die bereits im 58. Jahrgange erscheinende, altbewährte

### Berliner Volks-Zeitung

Chefredakteur: Karl Vollrath.

Sie ist für alle diejenigen das geeignete Blatt, die über alles Wissenswertes rasch informiert sein möchten, sich aber eine teure Zeitung nicht halten wollen. Das „Tägliche Unterhaltungsblatt“ und die 16 Seiten umfassende reich illustrierte „Sonntagsbeilage“ bieten auch der Hausfrau viel belehrende und fesselnde Lektüre.

Probenummern stehen jedermann gratis und franko zu Diensten.

Expedition der Berliner Volks-Zeitung  
Berlin SW. 19, Jerusalemstr. 46-49.

Ca. 50 000 Abonnenten.

### Geschäfts-Eröffnung.

Eröffne mit heutigem Tage in  
**Schwartau**  
● Lübeckerstr. 71 ●

ein  
**Fahrrad- und Nähmaschinen-**  
**geschäft**

mit Reparaturwerkstatt.  
Mit dem Bestreben, nur erstklassige  
Fabrikate zu billigen Preisen zu  
liefern, zeichne hochachtungsvoll  
**Herm. Krohne.**  
NB. Reparaturen werden gut und  
billig ausgeführt.

**Goldene und silb. Uhren**  
gut und billig.

L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft,  
Higdienstr. 35.

Zur  
**Konfirmation**  
empfehle mein riesiges Lager in  
**Anzügen**  
ferner  
Kleiderstoffen, fertigen Kleidern etc.  
Jeder neue Käufer erhält  
**1 Uhr gratis.**  
Schmiedestr. 2. S. Sachs, Lübeck.

Achtung Dienstmädchen!

Achtung Dienstmädchen!

# Grosse öffentliche Versammlung

am Donnerstag, dem 10. März 1910,  
abends 8 Uhr

im gr. Saale d. Gewerkschaftshauses, Johannistr. 50-52

Tagesordnung:

1. Warum sind die Dienstboten unter anderem Rechte wie die übrigen Arbeiter?  
Referent: F. Mehrlein, Arbeitersekretär.

2. Diskussion.  
Mädchen, es gilt jetzt, euch die Verbesserung eures Dienstverhältnisses zu erstreiten, da darf keine von euch fehlen!  
NB. Besonders eingeladen sind die Angehörigen der Hausangestellten.

Der Einberufer.

# Fertige Herren-Garderobe feineren Stils.

Frühjahr  
1910.

**Sämtliche Neuheiten**  
sind  
eingetroffen.

Die überwältigende Auswahl, der hervorragende Sitz und die hübsche Ausführung unserer Konfektion ist vorbildlich für die Branche :: ::

Neuheiten in Herren-Anzügen .....	12 <sup>00</sup>	15 <sup>00</sup>	21 <sup>00</sup>	28 <sup>00</sup> bis 68 <sup>00</sup> Mk.
Neuheiten in Herren-Paletots .....	11 <sup>00</sup>	14 <sup>00</sup>	20 <sup>00</sup>	26 <sup>00</sup> bis 48 <sup>00</sup> Mk.
Jünglings-Anzüge und Paletots .....	8 <sup>00</sup>	11 <sup>00</sup>	15 <sup>00</sup>	21 <sup>00</sup> bis 38 <sup>00</sup> Mk.
Knaben-Anzüge und Pyjacks .....	2 <sup>50</sup>	5 <sup>00</sup>	8 <sup>00</sup>	11 <sup>00</sup> bis 24 <sup>00</sup> Mk.

**Konfirmanden-Anzüge** in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin, Drapè usw.  
7<sup>50</sup> 10<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 19<sup>50</sup> 26<sup>00</sup> 31<sup>00</sup> 35<sup>00</sup> Mk usw.

**Berufskleidung**  
für jedes Gewerbe.

## Spille & v. Lühmann, Lübeck

Sandstraße 17-19.  
Grösstes Spezialgeschäft am Platze.

### Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

## Einladung zum Stiftungsfest

unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Eyra“

am Sonntag, dem 6. März 1910, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr.

Eintritt 50 Pfg.

Ende 2 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

## Sozialdemokratischer Verein.

### Mitglieder - Versammlung

am Montag, dem 7. März 1910,

abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom Vortragskursus.
2. Abrechnung von der Bebelfeier.
3. Vortrag des Genossen Diez über „Die Alkoholfrage und die Sozialdemokratie“.
4. Verschiedenes.

Am zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

## Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.  
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pfg. von 12-3 Uhr.

Sonntags:

**Musikal. Abend-Unterhaltung.**

## Hansa-Halle.

Sonntag, den 6. März

### Gr. Tanzkränzchen

verbunden mit mehrmaligen Auftreten der  
berühmten Kunststradfahrrergruppe  
„Frish auf“.

Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. C. Kühn.

## COLOSSEUM.

Sonntag, den 13. März 1910:

### Grosse Volks-Maskerade.

## Friedrich-Franz-Halle.

Dienstag, den 8. März:

### 4. Familien-Ball.

Anfang 8 Uhr.

L. Stamer.

### Die Arbeiter-Garderoben

aus der Spezial-Abteilung von

## Gehr. Barg

5 Kohlmarkt 5

sind als sehr gut u. billig bekannt.  
Gedertosen, Corbhosen, Maurez-  
hosen, Zimmerhosen, Zim-  
mern-Westen, Leder-Joppen,  
Corb-Joppen, blau Stoff-Joppen  
feinen Jacken, Rafen usw. usw.  
Rabattmarken oder 4 Proz.

### Eisenbahn-Restaurant

Rethteich 16.

### Grünkohl-Essen

am Montag, 7. März.

Anfang morgens 10 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

H. Stoll.

### Konzerthaus Harmonie

110 Hüxstraße 110.

Wiegings Musik, Gesangs- u.  
Instrumental-Ensemble.

Humoristische Vorträge, Solos  
und Duette. Einlagen auf  
Xylophon, Viton u. Glocken.  
Prima Musik und Gesang.

Eintritt frei. Anfang 4 Uhr.  
Ludwig Kock.

## Adlershorst.

Jeden Sonntag: Tanz.

St. Gertrud  
Liedertafel

### Kappenfest

am Sonntag, den 6. März 1910  
im Lokale des Herrn Gutsche,  
„Renauerhof“.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt für Herren 60 Pfg.,  
eine Dame frei.  
Einz. Damen 20 Pfg. wof. Garder.  
Das Komitee.

NB. Kappen sind nur im Lokale  
zu entnehmen.

### Panorama

Breitestr. 53. I., St.

Eine Ozean-Fahrt nach

## New-York.

Besuch der Conay-Insel.

## Einladung zum Ball

gewerblichen Personals der Firma Rudolf Karstadt  
am Mittwoch, dem 9. März 1910

in sämtlichen Räumen des Konzerthauses „Flora“.

Anfang 8 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Apfelsinen-Polanäse 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Herren-Karte 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg.  
Das Komitee.

## Central-Hallen.

Heute Sonntag:

### Große öffentliche Volks-Maskerade

verbunden mit Kappenfest.

Eintritt: Masken 30 Pfg., Zuschauer 50 Pfg.

Tanzen frei.

Anfang 6 Uhr. Maskenzug 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Ende 4 Uhr.

W. Borgwardt.

## Konzerthaus Friedrichshof.

Heute Sonntag, den 6. März:

### Große öffentl. Volksmaskerade

Lokalöffnung 5 Uhr.

Anfang 6 Uhr.

Maskenzug 7 Uhr.

Ende morgens.

Kinder haben keinen Zutritt.

Hans Möller.

Morgen, Sonntag, den 6. März

## Unwiderruflich letzter Tag!

Auf dem Burgfeld.

# Haases Stufenbahn

## im Prachtbau.

Vornehmes Familien-Vergnügungs-Etablissement.

Feenhafte Beleuchtung.

Großartige Ausstattung.

Die schönste und grösste Konzertorgel des Kontinents  
mit den neuesten Schlagern.

Morgen Sonntag unwiderruflich letzter Tag!



## Die Schauspielerin als Weib und Arbeiterin.

Über dieses Thema sollte in der in der Nacht vom 1. zum 2. März im großen Saal der Philharmonie in Berlin stattgehabten Massenversammlung der Schauspielerinnen gesprochen werden. Es fand sich auch eine große Zuhörerschaft ein. Der Saal, die Galerien und Logen waren überfüllt. Aber neben den Bühnenghörigen herrschte das Publikum der bürgerlichen Frauenbewegung vor und in der Menge der gut bürgerlichen „honesten“ Frauen tauchten die Schauspielerinnen fast unter. Nach den einleitenden Worten von Frau Minna Cauer konnte man vielleicht erwarten, daß mit dieser Versammlung der Beginn der Befreiung der Schauspielerin als Frau und Arbeiterin gemacht werden könnte. Doch die Ausführungen der langen Reihe von Rednerinnen und Redner lehrten bald etwas anderes. Gewiß lieferten auch die aus den eigenen Erfahrungen einzelner Schauspielerinnen gegebenen Schilderungen aus dem Leben und der Tätigkeit der Bühnenkünstlerinnen äußerst traurig erscheinende Beiträge zu dem grenzenlosen Elend der Schauspielerinnen. Aber in den vielen Reden fehlte doch jeder leitende, die augenblickliche Ursache dieses sozialen Jammers erklärende Gedanke. Kommen doch zu den nur als Nebenerscheinungen zu betrachtenden Folgen des sozialen Elends der Schauspielerinnen: in der Kostfrage, in der Ausübung durch den Agenten, im Heiratsverbot und in der Möglichkeit, daß die Direktoren ledige schwangere Schauspielerinnen sofort entlassen können, die eigentlichen Gründe der schlechten sozialen Lage der Schauspielerinnen. Die Überzeugung, daß auch die Schauspielerin dem Theaterdirektor nichts anderes ist, als ein Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung, und daß die Schauspielerinnen von ihrem Arbeitgeber, dem Direktor, genau so ausgenutzt, ja noch viel rücksichtsloser, brutaler und ungeeunter ausgenutzt und ausgebeutet werden als wie die Arbeiterin von dem gewerblichen oder industriellen Unternehmer bedrückt und entrechtet ist, kam wohl niemand der anwesenden Schauspielerinnen. Daß diese allzu nahe liegende Erkenntnis aber auch keiner Rednerin und keinem Redner kam, beweist, daß man zur Frage der Lösung des sozialen Elends der Schauspielerinnen so etwas wie die Einführung eines künstlerischen Befähigungsnachweises, Beschränkung des Jüngers weiblicher Kräfte zur Bühne verlangt. Man rief nach Schutzgesetzen für die Schauspielerinnen, Bekämpfung der Ausbeutungsmöglichkeit des Agenten, Lösung der Kostfrage, Zulassung der Frauen zu Direktoren- und Regisseurämtern. Daß alles forderte eine Resolution, zu deren Erfüllung man sich auch organisieren sollte.

Auch wir sind der Meinung, daß in erster Linie eine kräftige Organisation der Schauspielerinnen notwendig ist. Ja, durch sie und einen energischen Kampf der Schauspielerinnen; der systematisch gegen die Ausbeutung der Theaterdirektoren geführt werden muß, allein wird es den Bühnenkünstlerinnen möglich sein, ihre Rechte als Frau, Mutter, Arbeiterin und Künstlerin wirksam geltend machen zu können.

Dazu ist aber auch bei den Schauspielerinnen die Erkenntnis der Klagengegenstände, die sich nicht minder als sonstwo zwischen der ausgebeuteten Bühnenkünstlerin und dem Theaterunternehmer aufgetan haben, notwendig. Da mögen die Damen vom Theater, die sich zu ihrem Schaden nur immer als Künstlerin, gar zu selten aber als Weib und Arbeiterin fühlen, bei den organisierten Arbeiterinnen in die Schule gehen. Mit der fraglichen, zu leicht trügenden Sympathie latter bürgerlicher Kreise, die sich gelegentlich einmal für das „Künstlerleben interessieren“ und mit Gesetzen allein wird das soziale Elend der Schauspielerinnen nicht beseitigt. Die eigene Kraft, verstärkt und vertausendlicht durch eine kräftige Organisation der ausgebeuteten Schauspielerinnen, schafft auch den Bühnenkünstlerinnen, diesen gedrücktsten aller Arbeiterinnen in unseren mit groß-

kapitalistischen Ausbeutungsmaschinen geleiteten „Kunststätten“ ihr Recht als Frau, Mutter, Arbeiterin und Persönlichkeit. Dazu dürfte aber die Nachversammlung nur wenig vorgearbeitet haben.

Aus den Reden sei die des Fräuleins Rubner vom Neuen Theater hervorgehoben, welche die Ursachen der Theaterprostitution, Zustände, an welchen die Direktoren und Publikum die Schuld tragen, schilderte. Ein Krebschaden ist das ungeheure Mißverhältnis zwischen der Gage und dem Dienstaufwand, das heißt den Toilettenausgaben, zu denen die Künstlerin kontraktlich verpflichtet ist. Die Gagen betragen bei mittleren Theatern 200 bis 250 Mk. für 1. Fach, 100 bis 120 Mk. für 2. Fach, bei kleinen Bühnen 100 bis 120 Mk. für 1. Fach, 70 bis 80 Mk. für 2. Fach. Bei einer Epielzeit von 6 bis 7, höchstens 8 Monaten stellt sich das Jahreseinkommen einer Schauspielerin auf 420 bis 2000 Mk. Aber 60 Proz. der Bühnenkünstlerinnen haben unter 1000 Mk. Jahreseinkommen. Aber auch diese Summe gehört ihnen nicht ganz. Davon gehen ab die Reisekosten, die Prozente an den Agenten, die Kosten für die Vorproben vor Beginn der Saison. Das Unerträglichste aber ist die Beschaffung der Toilette. Gerade an Provinzbühnen mit häufigem Repertoirewechsel werden von der Künstlerin in einem Monat, in dem sie 70—120 Mk. verdient, nicht selten zehn Toiletten verlangt. Was bleibt der Schauspielerin übrig als Schulden zu machen, oder aber sich zu prostituieren, wenn sie Karriere machen will? So manche hat schon den Tod der Schande vorgezogen. Nicht wenige Künstlerinnen müssen Schneiderinnen werden, um Schauspielerin sein zu können. Dürrend, frierend, darben sitzen sie des Nachts an der Nähmaschine mit der ewigen Angst: wird die neue Toilette auch den Ansprüchen der Regie genügen? Nur wenige haben Glück und kommen, ohne diese aufreibenden Sorgen durchkosten zu müssen, in die Höhe, die anderen müssen sich verkaufen, wenn sie mit jenen „Auch“-Künstlerinnen konkurrieren wollen, die die Bühne nur als Ausstellungslokal für ihre Reize betrachten. In der heutigen Verhandlung der Toilettenfrage liegt eine Möglichkeit, ein Zwang zur Prostitution.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zur Situation im Baugewerbe. Der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe in München erläßt folgendes Plakat: „In der Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes vom 23. Februar in Straßburg wurde in einem Referat die Tätigkeit der Dreizehner-Kommission und des Vorstandes eingehend erörtert, das Vertragsmuster durchgegangen, in seinem Hauptpunkt modifiziert, worauf in Würdigung der gegenwärtigen Situation nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die zu Straßburg tagende Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes nimmt Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit der Dreizehner-Kommission zur Erneuerung der zurzeit gültigen Tarifverträge. Die Hauptversammlung spricht der Kommission für ihre Arbeiten ihren Dank und ihr volles Vertrauen aus und beauftragt die Kommission, die zentralen Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern demnächst wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu bringen. Die Hauptversammlung erwartet über diese erneuten Verhandlungen Bericht in der außerordentlichen Hauptversammlung in Dresden zur endgültigen Beschlussfassung. Die außerordentliche Hauptversammlung in Dresden wird in der zweiten Hälfte des März stattfinden und möchten wir nicht unterlassen zu betonen, daß heute alles davon abhängt, daß die Zentralverbände der Arbeiterorganisation sich zu einem Nachgeben verstehen werden. Versäumen Sie nicht, in alle Bau- und Lieferungsverträge die Streiklausel aufzunehmen.“

Die Holzhändler und die Situation im Holzgewerbe. Den Holzhändlern wird bei der gegenwärtigen Situation im Holzgewerbe recht schwindl zumute. In fast allen bürgerlichen Blättern resp. in den Handelsberichten machen sie gegenwärtig dem bedrängten Herzen Luft. In den letzten

Tagen wird darauf verwiesen, daß die russischen Händler ohne Abschlüsse aus dem Weichselgebiete wieder abgereist sind und daß die deutschen Großhändler ihre im Glauben auf einen friedlichen Abschluß der Bewegung im Holzgewerbe übernommenen Bestände nicht absetzen können. In der russischen Grenze sollen riesige Posten Ware aufgestapelt sein, die der Abnahme harren. Da aber mit Rücksicht auf die unsichere Lage die Holzfirmen ihre auf Abruf bestellten Hölzer nicht übernehmen, stockt der Handel vollständig. Und das wird anhalten, solange keine Klärung der Lage eintritt wird. Aus diesem Grunde sprechen die Interessenten den dringenden Wunsch aus, daß der Kampf im Holzgewerbe vermieden werden möchte, da ein solcher bei der Beteiligung von rund 40 000 Arbeitern den Ruin von vielen Existenzen im Handel bedeuten würde. Ob es zum Kampfe kommt, läßt sich auch heute noch nicht sagen; wenn es aber dazu kommen sollte, mögen sich die Holzhändler beim Arbeitgeberverband bedenken, der diese Situation durch Abänderung der Verträge heraufbeschworen hat.

Von den Verhandlungen im Holzgewerbe. Die Verhandlungen der Ortsvertreter im Reich von Abgeordneten der Zentralverbände werden gegenwärtig in Berlin noch fortgesetzt. Aber den endgültigen Ausgang der Bewegung läßt sich auch heute noch nichts Bestimmtes sagen doch kann nachgesprochen werden, daß die Spannung ein klein wenig nachgelassen hat. Es ist nämlich in bezug auf die Lohnfrage und Verkürzung der Arbeitszeit für eine Anzahl Städte eine vorläufige Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsverbände erzielt. Es sind dieses die Städte: Velpzig, Köln, Reig, Danzig, Eidenburg, Gänzburg, Götlich, Königsberg, Kendsburg, Göttingen, Grefswald, Spandau, Weutchen, Kattowik, Königsbrunn, Queblinburg und Stargard i. W. Für eine größere Anzahl dieser Orte ist auch wegen der übrigen Streitpunkte eine Einigung erzielt. Allerdings müssen dann die Verhandlungen an den einzelnen Orten zu dem Ergebnis der Verhandlungen noch Stellung nehmen. Nach den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes sollen auch die Vorsitzenden aller in Frage kommenden Bezirksverbände zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung nehmen, so daß heute noch nicht gesagt werden kann, wie diese Stellungnahme ausfällt. Nebenfalls haben die Holzarbeiter Deutschlands alle Ursache, ihre Klagen fortzusetzen, da Zwischenfälle nicht ausgeschlossen sind und der Schutzverband die Parole auszugeben hat, „entweder Frieden in allen Orten, oder Kampf auf der ganzen Linie“. Eine Anzahl Ortsvertreter haben wegen einer Reihe Gründe den Aufruf erhalten, am Orte weiter zu verhandeln. Andere sind vom Erscheinen in Berlin entbunden, weil sie glauben, am Orte einig werden zu können. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, muß abgewartet werden. Ob, falls dieses nicht der Fall ist, ein anderer Ausweg, die Differenzen zu beseitigen, gefunden werden kann, ist sehr fraglich. Die Zukunft ist also noch recht ungewiß und die Wolken haben sich noch nicht verzogen, doch kann die Entscheidung nun nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Lohnbewegung in der Münchener Schuhindustrie. Die Arbeitgebervereinigung und die Innung haben die Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Sie begründen die Ablehnung mit den mangelhaften Verhältnissen im Gewerbe, der Steigerung des Rohmaterials, der Konkurrenz der Warenhäuser, Kaufgeschäfte und Schnellbesohlfabriken. Einstweilen ist das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen worden. Die Unternehmer sind bereits auf der Suche nach Arbeitswilligen, sie suchen solche besonders in Berlin; Agenten sollen aber auch selbst in Böhmen auf der Suche sein.

Der Streik der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter in Plauen i. V. dauert unverändert fort. Die Fabrikanten lassen in bürgerlichen Blättern mitteilen, der Streik sei beendet. Diese Notiz ist nur darauf berechnet, brauchbare Arbeitskräfte nach Plauen zu bekommen, da die bisher nach hier gebrachten Arbeitswilligen nicht zu gebrauchen sind. Wie wir hören, sollen diese „nützlichen Elemente“

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.  
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(30. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.  
Mit dem Boten-Altermann Seehus wechselte Andreas Wohl viele Briefe und von Zeit zu Zeit erhielt er eine Geldsendung aus dem Westlande. Eines Tages aber, so um die Weihnachtzeit, empfing er folgendes Schreiben: Herr Ministerialbote Wohl!

Jetzt geht es nicht länger an, weil er nichts mehr hat, sondern Schulden; weshalb ich in meinem Namen schreibe, und Mädel weiß nichts davon, weil ich nicht glaube, daß es richtig zusammenhängt mit diesem Gelde, das sich jetzt auf 950 Kronen beläuft. Wenn des Königs Leute dieses Geld verzehren, dann sind wir nicht besser als die Russen in Rußland und in Petersburg, und ich werde in der Zeitung davon schreiben, denn der Mann ist arm geworden und Krankheit ist ihm ins Blut gegangen aus Gram über den Rang, und der Graben ist fast ganz wieder eingefallen, und er ist kläglich anzuschauen, darum schreibe ich an euch, seinen Bruder, daß ihr um der Barmherzigkeit Gottes willen der Sache ein Ende machen müßt, die jetzt bald zwei Jahre an den König eingeschandt ist ohne Antwort, sondern bloß Kosten. Ingleichen sehnt er sich sehr nach einem Brief, von seiner Tochter Christine, die jetzt eure Frau ist, und verwundert sich darüber, daß sie jetzt nichts zu schreiben hat, da ihr häufig an uns geschrieben habt, daß sie danach trachtete, eure Frau zu werden, aber sich des Alters wegen schämte, weshalb wir auch schrieben, wie ihr darum batet, mit Überredungen und dergleichen; aber ich glaube hernach nichts mehr davon

ergebenst  
Lauritz Wolbemann-Seehus.  
Onkel Andreas las diesen Brief in dem kleinen Vorge-  
mach vor dem Zimmer des Ministers. Er legte den Brief  
aufammen und steckte ihn in den Ofen, während er mit dem  
Kopfe wackelte und vor sich hin lächelte.  
Der Minister öffnete die Tür: „Hören Sie nicht, Wohl!  
Ich habe zweimal geklingelt.“  
Onkel Andreas richtete sich auf und sah den Minister mit  
demselben nichtsagenden Lächeln an.  
„Wohl, Wohl!“ rief der Minister, „ich glaube in der Tat,  
Sie fangen an alt zu werden!“

14.  
Doktor Johann Bennecken hielt sich ein ganzes Jahr in Wien auf. Die einzigen Nachrichten, die er aus der Heimat erhielt, kamen von Gilda, die ihm auch im Laufe des Sommers mitteilte, daß Christine sich mit ihrem Onkel verheiratet habe. Von der Zeit an beantwortete er Gildas Briefe nicht mehr, und lange ging er mit dem Gedanken um, in Wien zu bleiben oder nach Amerika zu gehen.

Nachdem er aber den ganzen Winter hindurch seinen großen Schmerz getragen, ergriff ihn eine solche Sehnsucht, sie noch einmal zu sehen und womöglich eine Erklärung über die Heirat zu erhalten, daß er Mitte März nach Hause reiste.

Ein Meer von Gedanken und Vermutungen kämpfte in ihm, als er sich der Heimat näherte. Sie hatte also Alfred nicht geliebt; aber warum in aller Welt hatte sie den Alten genommen?

Obgleich der Bruder nicht mehr ihre Briefe beantwortete, war Gilda doch damit fortgefahren, ihm zu schreiben und er wußte deshalb, daß Christine den Winter über gekränkelt hatte. Als er in das Haus seines Vaters trat, sah er nicht in die Kellerfenster hinein, sondern ging sofort die Treppe hinauf, um seine Eltern zu begrüßen.

Frau Bennecken stieß einen Schrei aus, als sie ihn sah, denn er hatte seine Ankunft nicht vorher angemeldet und war nur ganz obenhin die Rede davon gewesen, daß er vielleicht zum Frühjahr heimkehren werde.

„Ich bitte um Entschuldigung, Mutter, ich hätte telegraphieren sollen“, sagte Johann.

Die Staatsrätin sah ihn mit einem seltsam gespannten Ausdruck an; als er ihr mit dem guten schwermütigen Gesicht entgegenkam, murmelte sie, indem sie ihn lächelte: „Du hast Dich so verändert, Johann, ich erkannte Dich nicht gleich.“

Gilda kam nun auch herein und warf sich ihm um den Hals: „Willkommen, willkommen, lieber Johann! Aber nein, wie hast Du Dich verändert!“

„Findest Du das auch?“ fragte Johann.  
„Du bist zehn Jahre älter geworden; Du hast graue Haare im Bart, und — ja, wahrhaftig! — Du bekommst eine Glase, Johann!“  
Der Bruder lächelte in der ihm eigenen, wehmütigen Weise; Gilda beobachtete ihn genau; es kam ihr so vor, als sei er etwas sonderbar geworden und sie hatte früher niemals bemerkt, daß er so stark hinfie.  
Als der Minister nach Hause kam, hatte er eine vertrau-

liche Unterredung mit seiner Gattin, und bei Tisch waren beide so freundlich gegen ihren Sohn, daß es Johann ganz warm ums Herz wurde; sogar Alfred war liebenswürdig. Er hatte die Absicht, nachmittags mit Gilda zu sprechen, die Mutter aber schickte die Tochter gleich nach Tisch aus, ihr etwas zu besorgen.

In der Dämmerung schlich Johann sich die Treppe hinunter; aber als er zu den Stufen kam, die zu Christines Tür hinabführten, ergriff ihn die alte Beklemmung — nur unfähig schmerzlicher.

Endlich nahm er sich zusammen und klopfte an. Ein ältliches Mädchen, das er nicht kannte, öffnete ihm. Das war die Stube, in die er sich viele hundertmal hineingekümmert hatte, wo er unzählige Aufsätze und Begegnungen mit ihr in seinen Gedanken hatte vorgehen lassen, während er in weiter Ferne war; zuerst voller Hoffnung, dann — seit sie verheiratet war — wehmütig; und doch hatte er stets das Gefühl gehabt, als ob sie ihm eine Erklärung schuldig sei.

Der gewohnte Duft in der Stube rief alle seine Erinnerungen wach, und nur mit Mühe konnte er die Worte herausbringen: „Ist sie zu Hause?“

Das Mädchen sah ihn an und sagte: „Die Madame ist drinnen.“

Es durchzuckte ihn schmerzhaft, als er dieses Wort hörte. Die Tür zu Christines altem Zimmer stand offen. Es war kein Licht in der Wohnung, aber die Gaslaterne auf der Straße warf große gelbe Flecke auf die Decke, sodaß der Doktor sehen konnte, daß jemand im Bette lag.

Er trat näher heran und sagte: „Guten Abend, Christine!“

Die Kranke richtete sich im Bette auf und starrte ihn an. Johann hielt sich am Türpfosten fest — war das Christine? Sie aber stieß einen Schrei aus und machte eine abweichende Bewegung mit den Armen. Das Mädchen schloß die Tür und sagte zornig: „Ich glaube, Sie kennen die Madame?“

„Was fehlt ihr?“  
„Weiß ich nicht“, verlegte das Mädchen und öffnete die Außentür.  
Doktor Bennecken stieg die Stufen hinauf. Er hatte sie gesehen — hatte ihr Gesicht deutlich genug gesehen, um es nicht wieder zu vergessen, und würde er auch hundert Jahre alt. Rasch knöpfte er seinen Rock zu und stürzte fort um den Doktor Rhode aufzusuchen. (Fortsetzung folgt.)



nach Frankfurt a. M. und nach Stettin versandt werden, um dort ihre „legendenreiche“ Tätigkeit zu entfalten. Die Blaucener Prinzipale suchen jetzt die Leute abzuschleichen, um dabei billig wegzukommen, bieten sie den Arbeitswilligen Fahrgehalt und eine Mark Zehrgeld. Sie suchen jetzt überall Buchbinder und Kartonnagenarbeiter N. B. (Nichtverbindlicher) in der Hoffnung, solche zu erhalten, weil in bürgerlichen Zeitungen der Streik als bezwungen erklärt wurde. Zugung ist nach Plauen nach wie vor fernzuhalten.

Die Dresdener Anwaltsangehörigen haben beschlossen, mit Forderungen an die Rechtsanwälte heranzutreten. Die überaus elende Lage der sächsischen Bureauangestellten wurde in einer in Dresden abgehaltenen Versammlung lebhaft erörtert. Die tatsächlich schlechter als jeder beliebige Handarbeiter bezahlten Anwaltsangehörigen führen schon lange einen schweren Kampf um Verbesserung ihrer Lage. Der Verbandsvorsitzende Siebel führte aus, daß es infolge der enorm verteuerten Lebenshaltung, die im krassen Gegensatz zum Einkommen der Bureauangestellten steht, eine unabwendbare Notwendigkeit geworden ist, mit Forderungen an die Rechtsanwälte heranzutreten. Auch viele dazu die Einführung der erhöhten Gehaltssätze für die Anwälte die beste Gelegenheit. Es gelte, einen moralischen Appell an die Dresdener Rechtsanwälte zu richten. Redner ging dann auf die Lage der Anwaltsangehörigen im allgemeinen und der der Dresdener im besonderen ein. Infolge trauriger Entlohnung ist bei den Angestellten eine Unterernährung eingetreten und damit der Lungentuberkulose Tür und Tor geöffnet. Nach einer Statistik haben nur 19 Prozent der Bureauangestellten im Deutschen Reich einen Lohn von über 100 Mk. pro Monat, 54 Prozent einen solchen von 50 bis 100 Mk. und die übrigen einen solchen unter 50 Mk. Dazu kommt eine ungeheure Behrungslosigkeit und ungläublich lange Arbeitszeit. In Dresden ist festgestellt, daß von 1074 Anwaltsangehörigen nur 8,08 Proz. über 100 Mk. monatlich beziehen und dies in der Hauptstadt Bureauaufseher sind! 23 Proz. haben unter 50 Mk. und der übrige Teil 50 bis 100 Mk. Es ist sogar vorgekommen, daß Stenographen und Maschinenschreibern — 30 bis 40 Mk. monatlich geboten wurden! Eine 12- bis 14stündige Arbeitszeit ist nichts Seltenes. Am das Referat schloß sich eine lebhaft Aussprache, in der noch viel über die elende Lage gelaugt wurde. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Ortsverwaltung beauftragt wird, an die Rechtsanwälte heranzutreten und eine Erhöhung der Löhne bei Angestellten unter 100 Mk. um 20 Prozent und bei denen, die über 100 Mk. beziehen, eine solche um 10 Proz. zu fordern. Wird das abgelehnt, dann sind die Angestellten bereit, es zum Äußersten kommen zu lassen.

Lohnbewegung im Töpfergewerbe. Der in Dirschberg l. Schl. am 1. Januar ds. J. ausgebrochene Töpferstreik währt unverändert weiter. Trotz der schon verhältnismäßig langen Dauer steht die Situation für die Gehilfen günstig. Ein halbes Duzend Kleinrentner aus der Umgegend Dirschbergs betätigt sich als Streikbrecher, die aber werden die schlechteste Niederlage der Dirschberger Unternehmer nicht aufhalten können. Die Lohnbewegung in Meißner ist in friedlicher Weise erledigt worden. Die Ofenfabrikanten machten recht annehmbare Zugeständnisse. Diese betragen beim gangbarsten Fabrikat 10-18 Proz. Aufschlag. Der Tarif ist auf drei Jahre unterschrieben festgestellt worden. — Durch den Streik der Hilfsarbeiter in den Meißner Ofenfabriken werden jedoch nimmere auch die Töpfer in Mitleidenschaft gezogen. Der Streik der Meißner Hilfsarbeiter, die im Fabrikarbeiterverbande organisiert sind, ist ein allgemeiner.

Auch die Bewegung der Dresdener Ofenfabrik ist nimmere endgültig erledigt. Die Gehilfen erhielten 5-7 1/2 Proz. Zuschläge, auch wurden verschiedene Positionen des Akkordtarifs in annehmbarer Weise verbessert. Die tägliche Arbeitszeit auf Bauten wurde von 9 auf 8 1/2 Stunden reduziert. Den im Töpferverband organisierten Hilfsarbeitern wurde ein Minimal-Stundentlohn von 45 Btg. für Vollarbeiter zugesprochen.

Eine Bewegung der Töpfer in Senftenberg (N. L.) und Umgegend endete damit, daß ein neuer Tarif auf ein Jahr vereinbart wurde, der Verbesserungen von 5-20 Proz. enthält.

In Liegnitz sind am 1. März die Töpfer in einen allgemeinen Streik eingetreten. Auf das Angebot der Unternehmer, die eine ganz winzige Lohnerhöhung boten und außerdem aber noch verschiedene Tarifverschlechterungen durchzuführen wollten, konnten die Gehilfen nicht eingehen. Die Unternehmer bemühten sich schon vor Ausbruch des Kampfes in schlechten bürgerlichen Blättern um Arbeitswillige. Der Kampf scheint ein hartnäckiger werden zu wollen. Zugung von Töpfern und Ofenfabrikern nach Liegnitz ist streng fernzuhalten!

Praktiken der Unternehmer-Arbeitsnachweise. Sie gleichen in ihren Geschäftspraktiken sich alle wie ein Ei dem anderen. Zur Abwechslung können wir diesmal vom Arbeitsnachweis in der Glasindustrie eine Berrückterklärung der Arbeiter mitteilen. Von einer Glasfabrik wurden mehrere Glasarbeiter entlassen, weil sie dem Zentralverbande der Glasarbeiter angehören. Die Arbeiter hatten sich sonst absolut nichts zu schulden kommen lassen. Die Hüttengewaltigen wollen aber partout keine Organisation in ihrem Betriebe dulden. Die Organisation der Glasarbeiter wies in ihrem Organ darauf hin; und warnte die organisierten Glasarbeiter vor diesem Betriebe. Die entlassenen Arbeiter erhielten auf einer anderen Glasfabrik Arbeit versprochen, verlangt wurde nur von ihnen, daß vom Arbeitsnachweis der vereinigten Glasfabriken in Hamburg der Überweisungsschein beigebracht werden solle, weil sie ohne diesen nicht eingestellt werden. Dieser Überweisungsschein wurde ihnen vom Arbeitsnachweis verweigert mit dem schriftlich gegebenen Hinweis, daß die Glasfabrik im Verbandsorgan des Glasmacherverbandes gesperrt sei; auf das Geheiß der Arbeiter um Anstellung eines Überweisungsscheines würden sie später zurückkommen. Also weil der Unternehmer den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben will, die Arbeiter sich das aber nicht gefallen lassen, tritt der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Aktion und erklärt die Arbeiter in Berrück, hungert sie aus. Das ist ein weiterer Beitrag zum erzieherischen Einfluß, den die Unternehmer nachweise auf die Arbeiter ausüben wollen. Den unfairen

Praktiken der privaten Stellenvermittler soll jetzt durch das Gesetz zu Leibe gerückt werden, die Unternehmer nachweise aber, die ähnliche, in der Wirkung für die Arbeitslosen weit gefährlichere Praktiken ausüben, erfreuen sich behördlicher und ministerieller Fürsorge.

Klassenjustiz in Neu-Süd-Wales. Wir berichteten kürzlich über die Verteilung von drei Führern der Bergarbeiter in Neu-Süd-Wales (Australien) zu 1/2 bis 1 Jahr Gefängnis. Es war gegen sie Anklage erhoben worden, weil sie „an Versammlungen, bei denen mehr als zwei Personen anwesend waren, teilgenommen haben, die zum Zweck der Leitung, Unterstützung und zur Fortführung eines Streikes stattfanden.“ — Das Zwangs-gesetz (Coercion Act) auf Grund dessen die Verteilung erfolgte, wurde erst während des großen Kohlenarbeiterstreiks angenommen, doch hat es schon, wie obiges Beispiel zeigt, sofort dazu gedient, den Gewerkschaften ganz ungeheure neue Schwierigkeiten zu bereiten. Seine wichtigsten Bestimmungen lauten: „Jede Versammlung von zwei oder mehr Personen, welche sich mit der Leitung, Anordnung und Unterstützung zur Fortführung einer schon bestehenden Ausperrung oder Streikbewegung befaßt, ist ungesetzlich, wenn die betr. Ausperrung oder Streikbewegung in Gewerben der täglichen Bedarfsartikel oder im staatlichen Transportgewerbe geführt wird.“ „Jede Person, welche an einer solchen Versammlung teilnimmt und wissen kann, daß die wahrscheinliche Folge der Fortführung einer solchen Ausperrung oder Streikbewegung sein wird, das Publikum ganz oder zu einem großen Teile eines notwendigen Verbrauchsgüterartikels zu versagen, soll mit zwölf Monaten Gefängnis bestraft werden.“ „Trotz es noch eine Reihe anderer gesetzlicher Methoden gibt, die Tätigkeit der Gewerkschaften unmöglich zu machen, erlösen 14 Funktionäre ebenso vieler lokaler Gruppen des australischen Bergarbeiterverbandes, die Anfang Januar unter der Anklage, „durch die Bestätigung der Annahme der Resolution der Delegiertenversammlung ihres Verbandes, welche sich für den Streik ausgesprochen hatte, in ihren Sektionen den Streik heraufzubeschwören zu haben“, vor dem Gerichte in Newcastle standen. Alle 14 wurden zu je 2000 Mk. Geldstrafe oder zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Aus der Urteilsbegründung des Richters Heydon verdient folgende Stelle hervorgehoben zu werden: „Meine jegliche Pflicht ist die am meisten ekelerregende, der ich jemals nachgekommen bin. Sie zwingt mich, Mitbürger zu verurteilen, die, im gewöhnlichen Sinne des Wortes, ordentliche und achtenswerte Leute sind und denen ich unter anderen Umständen gern die Hände schütteln möchte.“ Heydon erklärte weiter, daß das „Streikgesetz“, nach welchem die Verteilung erfolgen müsse, einen offensichtlich politischen Charakter trage.

### Soziales.

Erwünschte Zunahme der Frauennarbeit. Die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in Gewerbe und Handel hat im Anfang dieses Jahres wieder auffällig zugenommen. Nach den Berichten der Krankenkassen, soweit sie an das Reichsarbeitsblatt angegeschlossen sind, erfuhr nämlich die Zahl der weiblichen Mitglieder vom 1. Januar auf 1. Februar d. J. eine Steigerung um 0,61 Proz., während bei den männlichen Mitgliedern in derselben Zeit ein Rückgang erfolgte. Infolge der zahlreichen Betriebsveränderungen, die im Anschluß an die Steuererhöhung erfolgten, hat sich der Arbeitsmangel unter den Tabakarbeitern in geradezu erschreckender Weise vermehrt. Da die Tabakindustrie fast ebenso viel weibliche wie männliche Arbeitskräfte beschäftigt, so werden die ersteren in ebenso harter Weise betroffen wie die Tabakarbeiter. Während 1909 auf je 100 offene Stellen für Tabakarbeiterinnen nur 187,27 Bewerberinnen kamen, stellt sich der Andrang in diesem Jahre gar auf 496,24! Auch in der Hut- und Mützenindustrie und bei Friseurinnen hat sich die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre außerordentlich verschlechtert. Erstere weist im laufenden Jahre einen Andrang von 214,30 auf, gegen 64,28 im Vorjahre, und bei Friseurinnen kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 150 Arbeitsuchende gegen 100 im Vorjahre. Mit einem starken Überangebot ist sodann noch das Brauereigewerbe zu nennen, wo der Andrang sich auf 264,30 stellt gegen 339,47 im Januar 1909. Trotz der Abnahme ist der Überschuss an Arbeitskräften noch sehr groß.

Deutsche Arbeiter an Peter Rossegger. Kürzlich hat der Dichter Peter Rossegger an die wohlhabenden Deutschen die Aufforderung gerichtet, durch Widmung von Zweitausendkronen-Bauscheinen eine Zweimillionenstiftung ins Leben zu rufen, die dem Deutschen Schulverein zu dem Zwecke übergeben werden soll, damit er in nationalbedrohten Gegenden deutsche Schulen errichte. Der Hauptaktionär der Heubcker Kammgarnspinnerei, der vielfache Millionär Kommerzienrat Labusen, hat auch einen solchen Bauschein (2000 Kronen) gezeichnet. Dies veranlaßte einige deutsche Arbeiter von Neudorf, wie die „Freiheit“ mitteilt, an Peter Rossegger einen offenen Brief zu schreiben, in dem es u. a. heißt: „Eine Nachricht, die jetzt anspruchsvoll durch die Blätter geht, veranlaßt einige arme deutsche Arbeiter, an Sie, hochgeschätzter Meister, diesen offenen Brief zu richten. In der reindeutschen Stadt Neudorf bei Karlsbad ist eine Zwangsburg für deutsche Arbeiter errichtet. Wohl sind wir im Erzgebirge schlechte Löhne gewöhnt, was sich aber die Kammgarnspinnerei in Neudorf leistet, spottet jeder Menschlichkeit. Bei anstrengender Arbeit verdienen dort die Mädchen Löhne von 1 Krone bis 1 Krone 60 Heller. In der sogenannten „Vorbereitung“ entlohnt man männliche Arbeiter mit 1 Krone 50 Heller bis 2 Kronen pro Tag. Männer, die zehn bis fünfzehn Jahre in dieser Fabrik beschäftigt sind, können von Glück reden, wenn sie es zu einer Tagesentlohnung in der Höhe von 2 Kronen 40 Heller gebracht haben. In der Sortiererei verdienen die dort beschäftigten Mädchen täglich 1 Krone 20 Heller, die „Ausstecker“ entlohnt man mit 1 Krone 20 Heller bis 1 Krone 30 Heller, die „Andreher“ — das sind achtzehnbis zwanzigjährige Burschen — mit 1 Krone 50 Heller bis 1 Krone 60 Heller im Tage. Die Spinner verdienen bei aufreibender Akkordarbeit durchschnittlich 20 Kronen, die Halbspinner 17 Kronen wöchentlich. Dieselbe Aktiengesellschaft ist im Besitz mehrerer Fabriken, nirgends magt man solche Glendelöhne zu bieten wie in Neudorf. Ein wahrhaft russisches Spitzelwesen ist eingerichtet, um die Arbeiter nicht nur in der Fabrik, sondern auch innerhalb des Familientreffes zu überwachen. Wehe

dem Arbeiter, der ein sozialdemokratisches Arbeiterblatt im Sack trägt, ihm ist die Entlassung sicher; wehe, wenn er mit einem Menschen spricht, der im „Verdacht“ steht, Sozialdemokrat zu sein, er wird kurzerhand zur Vollstreckung verurteilt. Junge Mädchen, die in Unkenntnis der Sachlage an einer Tanzunterhaltung teilnahmen, die auch von sozialdemokratischen jugendlichen Arbeitern besucht war, wurden ohne Erbarmen auf die Straße gesetzt. Welt und breit ist hier dieses Fabrikunternehmens unter dem Namen „Die Sklavenplantage“ bekannt. Nun lesen wir in den Zeitungen, daß der Besitzer (Hauptaktionär) der Heubcker Kammgarnspinnerei, der vielfache Millionär Kommerzienrat Karl Labusen in Delmenhorst einen Bauschein von 2000 Kronen für die Rossegger-Sammlung zeichnete. Herr Rossegger! Protektieren Sie energisch gegen diese Absicht! Veranlassen Sie den Deutschen Schutzverein, daß er dieses Blutgeld, von deutschen Volksgenossen in unerhörter Weise erpreßt, sofort zurückweise. Es mag ja sein, daß mehr Bauscheine aus nicht einwandfreiem Gelde gezeichnet wurden; solange Sie, Herr Rossegger, davon nichts wissen, können Sie sich dagegen nicht wehren. In diesem Falle erfüllen wir eine Pflicht, wenn wir Sie aufmerksam machen, daß Ihr Name, wenn auch nur mittelbar, durch 2000 Kronen eines Arbeiterchinders besetzt wird. Wenn Sie uns nichtglauben wollen, kommen Sie selbst her oder senden Sie eine Vertrauensperson. Beobachten Sie die armen, ausgebeuteten Volksgenossen, wie sie nach Arbeitslosig abgehärmt, vollkommen degeneriert, sehen die Massen der Stadt durchschleichen; sehen Sie sich die abgemagerten Frauen mit grauburchfurchten Gesichtern, die ausgemergelten, unentwickelten jugendlichen Arbeiter, die noch Schutzfindern gleichen, an, wie zweifelnd nicht einen Augenblick, daß Sie sich rückhaltlos an unsere Seite stellen würden. Die Heuchelei, die darin gelegen ist, bedroht deutschen Volksgenossen 2000 Kronen zu spenden, sich dafür in willkürlichen Zeitungen preis zu lassen und Jahre hindurch Millionen ehrlich verdienenden Arbeitslohn deutschen Volksgenossen vorzuenthalten, schreit zum Himmel!

### Aus dem Gerichtssaal.

Nette Zustände in einem hinterpommerschen Gefängnis brachte eine Schwurgerichtsverhandlung in Stolp gegen den Gefangenenaufsicher Granow in Schlawe ans Licht. Er hatte eine Gefangene, die als Köchin beschäftigt wurde, erschossen und wurde freigesprochen, da die Geschworenen hier berechtigte Notwehr annahmen. Festgestellt wurde, daß die Erschossene durch und durch syphilitisch krank war und längere Zeit in der Behandlung des Kreisarztes stand. Trotzdem kam sie nicht in ein Krankenhaus, sondern der Willkür halber, um eine andere Kraft zu sparen, in die — köchle des Schlawer Gefängnisses. Daß dadurch die Familie des Gefangenenaufsehers sowie alle dort inhaftierten Sträflinge gesundheitlich aufs höchste gefährdet waren, sah die vorgelegte Behörde nicht ein. Kategorisch erklärt die Oberstaatsanwaltschaft in Stettin, „wenn Ihr sie nicht wollt, dann bekommt Ihr einen männlichen Gefangenen.“ So wird's gemacht! Was nützt es, wenn der Staatsanwalt erklärt, „er bedauert es, daß solche Zustände dort herrschen“, wenn das ganze Strafsystem nicht geändert wird.


Die Ordnungssüßhe als Betrüger. Ende August vorigen Jahres machte die Verhaftung des Oberverwaltungs-schreibers Kurt Reinhold aus der königlichen Gewehrfabrik Erfurt großes Aufsehen. Dieser Herr hatte sich bedeutende Unterschleife zuschulden kommen lassen in der von ihm verwalteten Sparkasse für die Arbeiter der Gewehrfabrik. Dieser Mann genoss das größte Vertrauen seiner Vorgesetzten; durch seine Hände ging die gesamte Korrespondenz der königlichen Gewehrfabrik. Er war Vorstandsmitglied mehrerer Kriegervereine, auch zugleich Kassierer der evangelischen Kirchengemeinde Hochheim bei Erfurt, wo er wohnte. Wie feinerzogen widerprüchlos von der Erfurter „Tribüne“ bei Aufdeckung der Unterschleife festgestellt wurde, hatte Reinhold ein Monatsgehalt von 225 Mk., außerdem verrichtete er nach Feierabend im Bureau des Gewerberats Memeyer in Erfurt Schreibarbeit gegen eine weitere Monatsvergütung von 45 bis 50 Mk.; auch aus der Vermittlung des Bezugs von Kaffee, Kakao, Tabak, Instruktionsbüchern für Arbeiter und Angestellte der Gewehrfabrik zog er ansehnliche Vorteile, und endlich betrieb seine Frau einen schwindehaften Gemüschhandel in seinem Wohnort Hochheim. Man kann also nicht sagen, daß Reinhold aus „Mol“ gehandelt hat, wenngleich er eine zahlreiche Familie zu unterhalten hatte; indessen steht auch fest, daß er gewisse kostspielige Passionen hatte. Am Dienstag hatte sich Reinhold nun vor der Strafkammer in Erfurt wegen der begangenen Unterschleife zu verantworten. Die vorstehend geschilderten Betrügereien wurden ihm nachgewiesen; er hat Spargelbör der Arbeiter unterschlagen, ferner Beträge aus der Sparkasse und aus der Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes, insgesamt gegen 5000 Mk. Einen 65 Jahre alten Gewehrarbeiter hat er um seine gesamten langjährigen Ersparnisse gebracht. Einem Tagesrieh der Arbeiter zu: „Ich gratuliere Ihnen, 1000 Mk. sind voll!“ Als der Mann sein Sparsassenbuch in die Hände bekam, betrug die ganze Eintragung 1,03 Mark. Wegen Unterschlagung in 29 und Betrugs in 6 Fällen wurde Reinhold zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis verurteilt; fünf Monate wurden ihm auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. — Da die Sparkasse als Privatbank von der Direktion der Gewehrfabrik betrachtet wird, so hat es den Anschein, als wenn die Arbeiter für den Verlust keinerlei Ersatz von der Direktion zu erwarten haben. Jedenfalls steht das eine fest, daß man jahrelang keine Revision der Kasse vorgenommen hat, denn es wäre ja eine Beleidigung für den Oberverwaltungs-schreiber gewesen, ihm als Vertrauensperson seiner Vorgesetzten auch nur das leiseste Mißtrauen zu zeigen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Gemüse, Saucen,

Achtung vor Nachahmungen!

schwache Suppen usw. erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack mit einigen Tropfen




## MAGGI'S Würze

Schutzmarke Kreuzstern

nicht mitkochen, erst beim Anrichten beifügen. MAGGI'S Würze ist sehr ansiebig. Man verwende stets den Würzeparer. — Probefläschchen 10 Pf.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“





# Lehrlingsausrüstungen

für jeden Beruf  
kauft man allgemein anerkannt  
am besten u. billigsten im  
Spezial-Ausrüstungsgeschäft  
vorm. Albert Riess

**Louis Levy**  
5 Klingenberg 5.

<b>Kellner-</b> Anzüge 14 Mk. an Jacken 7.50 an Hosen 4.— an	<b>Schlosser-</b> Hosen 1.10 an Jackets 1.90 an Jacken 1.20 an	<b>Zimmerer-</b> Hosen 2.90 an Westen 3.— an Hüte 2.50 an	<b>Maurer-</b> Hosen 2.50 an Jacken 1.80 an Blusen 1.40 an	<b>Maler-</b> Kittel 2.— an Hosen 1.60 an Jacken 1.80 an	<b>Schlachter-</b> Jacken 8.50 an Kittel 1.20 an Schürzen 1.80 an	<b>Hausdiener-</b> Westen 4.80 an Hosen 4.50 an Mützen 1.— an	<b>Friseur-</b> Koch- und Konditor- Jacken.
---	---	--	---	---	--	--	--

**Konfirmanden-Anzüge** in Kaumgarn u. Cheviot, in großer Auswahl vorhanden, blau u. schwarz  
2450 2000 1675 1400 1200 und 7<sup>50</sup> an

# Metropol-Theater

**LUBECK**

**Breitestr. Ecke Huxstr.**

**Treffpunkt des Lübecker Publikums.**

Ab inklusive Sonnabend, den 5. März bis Sonnabend, den 11. März.

## Die Dankbarkeit der Rothaut!

Erstklassigste Wild-West-Aufnahme. Die Szenen und Gebräuche der Indianer des wilden Westens werden in konkurrenzloser Darstellung gezeigt.

**Die Gegend von Trix.** Höchst interessante Natuf Aufnahme.

**Uebermütige Jugend.** Humoristisch.

**Die Tochter des Steinbrechers.**

Ein Drama aus den italienischen Alpen.

**Die Herzensangst des Artisten Theos.**

Altgriechisches Märchen.

## Argentinische Reiter.

Jeder Interessent für Pferde muss dieses Bild sehen. Es ist geradezu erstaunlich, wie die kunstgeübten Reiter die unbändigen Pferde zureiten.

**Rechts oder links.** Ausserst komisch.

**Eine Kartenpartie in Mexiko.**

Ein Bild a. d. krassen südamerikanischen Leben dargestellt. Völlig konkurrenzlos.

**Frl. Rebbio,** Tragödie.

**Lehmann ceremonius.**

Es ist wieder der bekannte Lehmann, der hier die berühmte Rolle spielt.

**Saharet a. d. Maskenball.**

Wir sehen hier die berühmte Saharet, wie sie in ihrer graziösen, pikanten Weise ihren wilden Tanz aufführt. Keine Lübecker Konkurrenz darf sich rühmen, dieses Bild vorgeführt zu haben.

**An das verehrl. Lübecker Publikum!**

Wir machen das Lübecker Publikum höfl. darauf aufmerksam, dass wir jede Woche ein vollständig neues Programm aufsetzen. Wir haben unsere Bilder aus dem Grunde klein gehalten, weil die bekannte Tatsache lehrt, dass, je kleiner das Bild, desto **schärfer** und **heller** dasselbe ist.

Wir geben auch keine widerwärtigen Raub- und pikanten Szenen, sodass Kinder wie Erwachsene unsere Vorführungen zu jeder Tageszeit besuchen können. Auch geben wir auf speziellen Wunsch einzelne Vorträge des bisher unübertroffenen italienischen Tenoristen **Enrico Caruso.**

Um zahlreichen Besuch bittet

**Die Direktion.**



Sonntag,  
den  
6. März 1910

**Tanzkränzchen**

in nachstehenden Lokalitäten:

**Friedrichshof.**

**Volksmaskerade.**

Anfang 6 Uhr. (Ende morgens)

Hans Möller.

**Central-Hallen.**

**Große Tanz-Musik.**

Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Ende 2 Uhr. W. Borgwardt.

**FLORA.**

**Großes Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. (Ende 2 Uhr.)

Eintritt frei. Max Siems.

**Louisenluft.**

**Gr. Tanzmusik.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Johs. Benn.

**Friedr. Franz-Halle**

**Großes**

**Tanzkränzchen.**

Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.

L. Stamer.

**Konzerthaus Fünfhausen**

**Großes Tanzkränzchen.**

Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Ende 2 Uhr. A. W. Neumann.

**Wakenitz-Bellevue**

Heute, Sonntag:

**Tanzkränzchen.**

Mus. v. Garn. Klub Loreley.

H. Fürbötter.

**Wilhelm-Theater.**

Jeden Sonntag: **Tanz.**

**Mansa-Theater**

Täglich 8 1/4 Uhr.

**Lübeck**

auf

**Stelzen**

In 60 Minuten

139 Lachsalven.

Vorher:

Das grandiose Programm.

Vorverkauf bei Sager.

**Stadthallentheater.**

Sonntag, 6. März. 7 1/2 Uhr.

**Das Konzert.**

Lustspiel von Herrn. Vahr.

Vorverkauf täglich in den bekanntesten

Stellen bei Nagel, Markt 14 und

Roß, Kohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**

Sonntag, 6. März. Nachm. 3 Uhr

Nachm. Preise. Zum letzten Male.

**Alt-Heidelberg.**

Schauspiel von W. Meyer-Förster.

Abends 7 1/2 Uhr. Voll-Ab. 147.

**Carmen.**

Große Oper von G. Bizet.

Montag, 7. März. 7 1/2 Uhr.

Erstes Gastspiel des Herzgl. Sächsl.

Hoftheaters in Weimar.

**Die Journalisten.**

Lustspiel von Gustav Freitag.

Konrad Holz — Karl Grube a. G.



# Bekanntmachung!

Dem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß die Preise für sämtliche frischen Fleisch- und Wurstwaren abermals herabgesetzt sind.

**Verein Lübecker Fleischer. G. V.**

## Konsumverein für Lübeck u. Umg.

E. G. m. b. H.

Die Eröffnung unserer

### 10. Warenabgabestelle Langer Lohberg 30-32

findet am Montag, dem 7. März 1910, statt.

Unser Prinzip, durch gemeinsamen großen Einkauf unsern Mitgliedern durch Verabfolgung nur reeller guter Ware bei vollem Gewicht zu billigen Preisen wirkliche Vorteile zu bieten, findet durch unsere stets wachsende Ausbreitung die beste Anerkennung.

Trotz der enorm gestiegenen Einkaufspreise empfehlen wir noch zu folgenden niedrigen

Preisen:

Siren- u. Kristallzucker a Pfd. 24 Pf.	Sago, echt ostind. . . . a Pfd. 28 Pf.
Würfelzucker . . . . . 26 -	Gerstengröße . . . . . 13 -
Hausbrotweizenmehl . . . . . 17 -	Buchweizengröße . . . . . 23 -
Weizenmehl 0000 . . . . . 20 -	Hafengröße . . . . . 22 -
Reismehl . . . . . 16 -	Hafentoden . . . . . 22 -
Maismehl . . . . . 24 -	Graupen, fein u. mittel . . . . . 16 -
Kartoffelmehl . . . . . 16 -	grob . . . . . 14 -
Sagomehl . . . . . 25 -	Gries,
Ändeln (Kranz-, Hörn- men-, Hausmacher-) . . . . . 30 -	hart- und kinder- . . . . . 24 -
	Fadenmehl . . . . . 32 -

Margarine, stets frisch, a Pfd. 64, 70, 80 u. 90 Pf.

Pflanzenmargarine „Palmato“ a Pfd. 80 Pf.

Grüne Seife a Pfd. 20 Pf. Künstliche Seife, Stück (ca. 1/2 Pfd.) 15 Pf.

Wachsternseife, Stück (ca. 1/2 Pfd.) 18 Pf. Petroleum, amerik., a Liter 18 Pf.

Streichhölzer a Paket 25 Pf.

In diversen Aufschnitt führen wir eine gute Auswahl aus einer hiesigen Schlachtereier, wie auch aus der Schlachtereier des Konsum-, Bau- u. Sparvereins „Produktion“, Hamburg.

Die Mitgliedschaft erwirbt man durch Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und Zahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld.

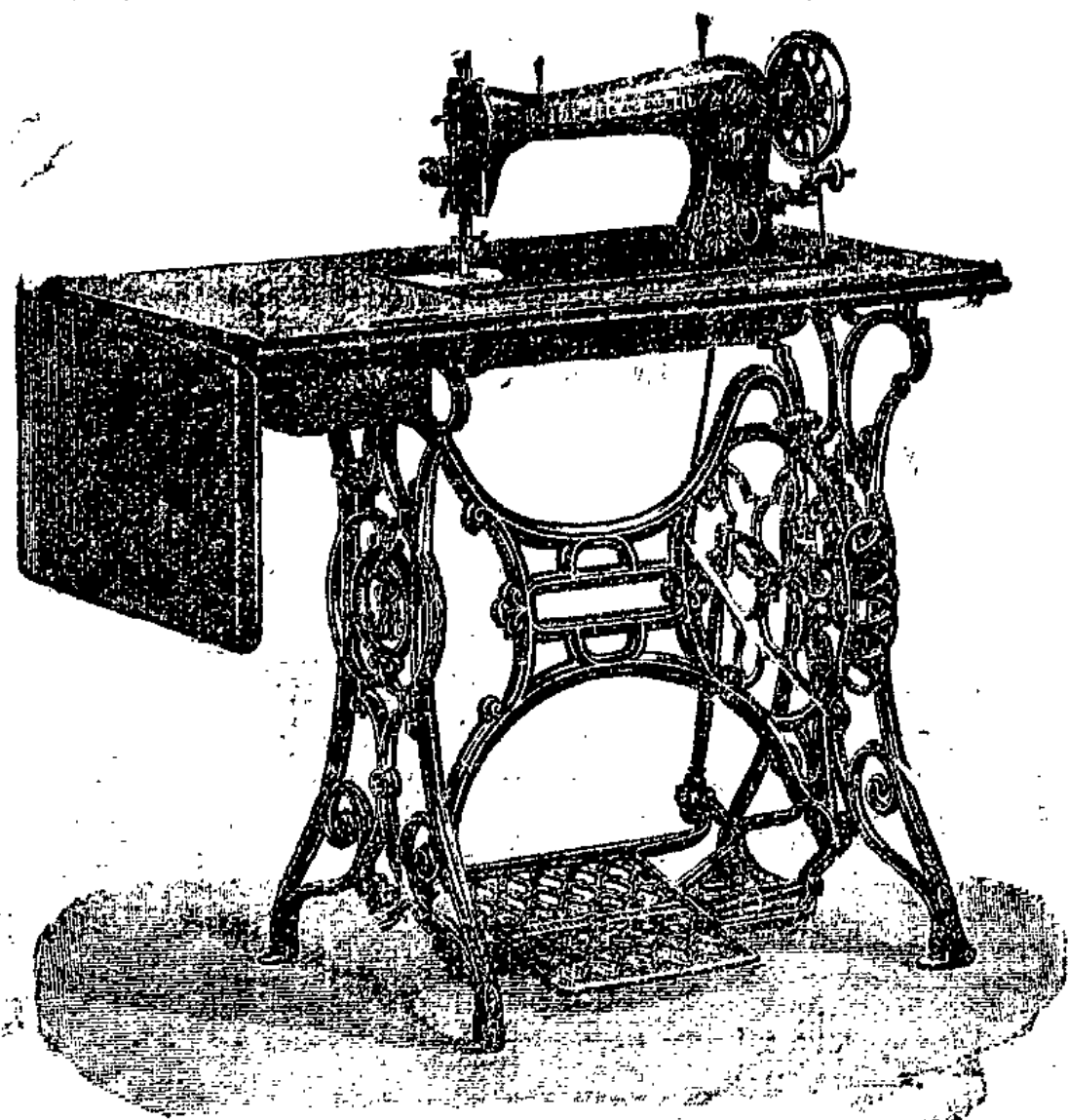
Der am Jahreschluss erzielte Ueberschuß wird nach Maßgabe ihres Umsatzes wieder an die Mitglieder verteilt.

Beitrittserklärungen werden in unseren sämtlichen 10 Warenabgabestellen entgegen genommen.

Unsere Warenabgabestellen befinden sich:

- |                                   |                                   |
|-----------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Lübeck, Fleischhauerstraße 30. | 6. Lübeck, Lindenstraße 48.       |
| 2. " Warenortstraße 1-2.          | 7. " Elzwigstraße 9a.             |
| 3. " Marktstraße 23.              | 8. " Glandorpstraße 1.            |
| 4. Schwartau, Markt 17.           | 9. Moisling.                      |
| 5. Sutin, Stollbergstraße.        | 10. Lübeck, Langer Lohberg 30-32. |

## Deutsches Nähmaschinen-Haus



**Gustav Kath**

Lübeck, Sandstraße 14. — Neumünster, Johannisstraße 11.

Original-Fabrikate der

Aktiengesellschaft vorm. Frister & Rossmann.

Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen.

Zubehörteile.

Reparaturwerkstatt.

Bequeme Teilzahlung.

Bei Barzahlung Rabatt.

Unvergleichlicher Unterricht in moderner Kunststickerei.



## Sogar ein Hofkoch

würde keinen Unterschied in den Speisen herausschmecken, wenn solche anstelle von

Butter

mit

# Solo

(feinste Margarine) bereitet sind. In Geschmack und Aroma von dieser nicht zu unterscheiden.

Man versuche auch die Delikatess-Margarine

**Rheinperle**

den beliebtesten Butter-Ersatz der feinen Küche!

Allein. Fabrikanten: HOLL. MARGARINE-WERKE  
JURGENS & PRINZEN, G. m. b. H., SOCH (Rhd.)